

Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatl. 90. — Mk., wöchentl. 22.50 Mk. Durch die Post monatl. 90. — Mk., viertelj. 270. — Mk. (postbleibend). In Pommerellen: monatl. 600. — Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelbaltene Zeile 15. — Mk., von auswärts 18. — Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt: gem. nach bef. Tarif, die 3-gelbaltene Reklamzeile 50. — C. L. von auswärts 60. — Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 239

Mittwoch, den 11. Oktober 1922

13. Jahrgang

Kommunistische Enthüllungen.

II.

Als wir in unserer Montag-Nummer zu der Spaltung der hiesigen Kommunisten Stellung nahmen, brachten wir auch einige Anklagen der Mahngruppe über den Vollzeiteifer, der in der kommunistischen Partei herrscht. Die Thraer Gruppe hat sich gleichfalls mit einem Mitteilungsblatt an die Öffentlichkeit gewandt, in dem natürlich die Mahn-Gruppe als Saboteure der Revolution hingestellt werden. Nach dem Thraer Mitteilungsblatt haben bereits seit Jahresfrist in der Danziger kommunistischen Partei erhebliche Differenzen bestanden. Darüber schreibt das Blatt:

Die Gruppe Mahn und Genossen erklärte, daß man angesichts der besonderen Verhältnisse im Freistaat Danzig darauf hinarbeiten müsse, an die Stelle des jetzigen deutschnationalen Senats und des un-demokratischen Regierungssystems im Freistaat eine demokratische, bürgerliche Koalitionsregierung der Mitte zu setzen. Wir erklärten dagegen, daß parlamentarisch wie außerparlamentarisch gewiß alle Kraft zum Sturz des deutschnationalen Senats angewendet werden müsse, aber nicht um an seine Stelle eine neue bürgerliche Unterdrückungsmaschine zu setzen, sondern um die Massen zur revolutionären Aufrichtung einer Arbeiterregierung und zu ihrer eigenen Diktatur über die bürgerliche Klasse zusammenzuführen.

Während sich also die hiesigen Kommunisten über die wichtigsten politischen Tagesfragen im Freistaat völlig uneinig waren, brachten sie noch die Forderung auf, die anderen Arbeiterorganisationen aufzufordern, mit ihrem brodelnden Hexenkessel zusammen die Einheitsfront des Proletariats zu bilden.

Während die Mahngruppe sich nun als kommunistische Partei des Freistaates erklärt hat und sich direkt an die Moskauer Internationale anschließen will, erklärt das Mitteilungsblatt, daß „das Präsidium der kommunistischen Internationale im Interesse der Kampfkraft der Danziger Partei den Auflösungsantrag abgelehnt und entschieden habe, daß die bisherige Zugehörigkeit der Danziger Organisation zur kommunistischen Partei Deutschlands aufrechterhalten bleibe.“

Die Ausräumung des kommunistischen Parteibüreaus auf dem Poggenpuhl verteidigt das Thraer kommunistenblättchen mit folgenden Gründen:

Klinger erklärte der Bezirksleitung, daß er die Absicht habe, für seine Geldforderungen an die Partei und für seine Schulden an die Zeitungsdruckerei das Parteimobilien beschlagnahmen und verkaufen zu lassen, und er deutete an, daß auch Mahn das gleiche vorhabe, da angeblich die Partei auch ihm gegenüber Schulden habe.

Genau wie die Mahngruppe erklären dann auch die Thraer, daß mit dem Ausschluß der Saboteure die Danziger K. P. nunmehr gereinigt sei. Heute wie Mahn und Thiel seien der revolutionären Bewegung schon längst entfremdet gewesen und wären nur von ehrgeizigen Plänen geleitet. Diese Charakteristik Mahns ist sicher zutreffend. Aber es ist tief beschämend für die Danziger „revolutionäre“ Bewegung, daß ein so sprudelnder Konjunkturpolitiker wie Mahn jahrelang in ihr eine Führerkolonne spielen konnte.

Die kommunistische Bewegung Danzigs ist als politischer Machtfaktor erledigt. Das Häuflein Anhänger, das die Mahn und Thier noch haben dürften, sind keine Arbeiter, um deren Seele zu ringen es sich verlohnt. Wer den stolzen Befreiungskampf der Arbeiterschaft nur als politisches Kaspartheater ansieht, mag ruhig weiter in den beiden kommunistischen Dominiksbüden bleiben. Die Massen der Danziger Arbeiterschaft aber werden sich nach den Wirnissen und Irrgängen der letzten Jahre wieder einheitlich sammeln unter dem alten stürmerprobten Banner der Sozialdemokratie.

Friedensschluß in Mudania.

In Mudania ist das vorläufige Abkommen zwischen den Alliierten und Türken unterzeichnet worden. Nach einer Davosmeldung aus London verlaute aus Mudania, General Harrington habe Dienstag Ismed Pascha die mit den Generalen Charpy und Drondeff abgefertigte Konvention mitgeteilt. Diese

siehe die Wiederabtretung Thraziens unter gewissen Bedingungen vor, namentlich unter der Voraussetzung, daß eine gemischte Kommission eine neutrale Zone zur Sicherung der Truppen und der Freiheit der Meerengen festsetze. Ismed Pascha erklärte, er müsse die Bedingungen der Regierung von Angora unterbreiten.

Rußland und die Meerengenkonferenz.

Der Beschluß der Entente, Rußland, die Ukraine und Georgien zur Beratung der Meerengenfrage hinzuzuziehen, wird in Sowjetkreisen als Zugeständnis an die von Rußland aufgestellten Forderungen aufgefaßt, jedoch wird dieses Zugeständnis als ungenügend betrachtet. Die gesonderte Behandlung der Meerengenfrage und die geplante vorherige Entscheidung aller übrigen Fragen auf der Friedenskonferenz ohne Beteiligung Rußlands ruft die Befürchtung wach, daß Rußland im Augenblick der Beratung der Meerengenfrage vor die vollendete Tatsache eines Uebereinkommens der Alliierten mit der Türkei gestellt werden könnte, wodurch der Türkei auch in der Meerengenfrage die Hände gebunden werden. Sichtsicherer wird voraussichtlich eine neue Note an die Entente richten mit der Forderung der Zulassung Rußlands, der Ukraine und Georgiens bereits zur Friedenskonferenz selbst bei Beratung aller die Lebensinteressen Rußlands betreffenden Fragen.

Die englische Arbeiterpartei gegen Lloyd George

Der Generalkonvent der Gewerkschaften, der parlamentarischen Gruppe der Arbeiterpartei (Labour Party) und das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hielten gestern eine gemeinsame Sitzung ab und beschloßen, gleichsam als Antwort auf das Protokoll der englischen Regierung vom 21. September, ein Manifest herauszugeben, in dem es heißt:

Die gegenwärtigen Ereignisse bieten auch nicht den geringsten Anlaß, der einen Krieg rechtfertigen könnte, da für alle grundlegenden Fragen England und die Türkei geneigt seien, eine Verständigung zu erzielen oder sie durch eine Konferenz entscheiden zu lassen. Die Unversämtheit des Krieges sei auf die Tatsache hingelenkt worden, daß die Kriegsparteien im Schöße der englischen Regierung ihre Tätigkeiten in England, namentlich durch ihre Veröffentlichungen an die Presse, dadurch werde das Land fortwährend beunruhigt. Das gelte sich nicht nur in dem Manifest vom 16. September, sondern auch in den Kriegsdrohungen vom 1. September, Drohungen, die jeder Grundlage entbehren. Der Rat verurteile scharf diese verbrecherische Tätigkeit und warne das Publikum davor. Er fordere die sofortige Einberufung einer unabhängigen Kommission sowie den Rücktritt der Regierung, die für diese Politik verantwortlich sei; denn diese Regierung sei im Auslande höchst diffident und könne dem englischen nationalen Interesse nicht schaden. Diese Regierung sei auch nicht mehr in der Lage, das Land auf einer internationalen Konferenz zu vertreten. Der Rat fordere infolgedessen die sofortige Demission des englischen Kabinetts und die Wahl eines neuen Parlamentes. In diesen beiden Maßnahmen sehe er das einzige Mittel, Englands Stellung wieder zu heben, nicht nur im Orient, sondern auch gegenüber allen gegenwärtigen Problemen der inneren und äußeren Politik, deren Lösung von der englischen Regierung in Aussicht genommen werden müsse.

Neue Mordpläne der Reaktion.

Aus München wird gemeldet:

Auf Grund eines Postbeschlusses des Staatsanwaltes wurden verschiedene Mitglieder der Organisation Oberland verhaftet, darunter der Hauptmann Veppo Römer, Dr. Fritz Bartheld, der sogenannte Hauptmann Ludwig Desterreicher und der Kaufmann Friedrich Endres wegen Verdachts der Vorbereitung und Ausführung zum Mord und zu anderen Gewalttaten. Die Beschuldigten sollen an die Mitglieder des Bundes Oberland Anforderungen zur Begehung verschiedener Verbrechen und Vergeltungen gerichtet haben. Es soll sich nach der „Münchener Ansburger Zeitung“ um die Ermordung politisch prominenter Persönlichkeiten handeln.

Der Hauptmann Römer ist einer von drei Brüdern, von denen der zweite kürzlich wegen des Versuchs, zur Aufführung der notleidenden Rassen nationalsozialistischer Verbände ein nach Oberammergau fahrendes fremdes Automobil zu überfallen und auszurauben, zu Gefängnis verurteilt wurde, während der dritte der Deswegenhändler und stellvertretende Direktor der Münchener Filiale der Pfälzischen Bank ist, der durch seine gewissenlose Devisenpekulation den Ruin des Rudwigschafener Stammhauses herbeigeführt hat.

Zeugenvernehmung im Rathenau-Prozess.

Die gestrige Verhandlung im Rathenau-Prozess brachte die Vernehmung einiger Zeugen. Als erste wurde die Krankenschwester Konio vernommen, die Augenzeuge der Mordtat war. Als die ersten Zeugen ganz langsam abgefragt wurden, begriff sie in ihrem Schrecken nicht, um was es sich handele. Erst als aus dem Auto Rathenau der Rauch der Handgranaten aufstieg, trat sie in das Auto und leistete Rathenau die erste Hilfe. Sie drückte ihr Taschentuch auf die Wunde im Gesicht, und Rathenau sah sie mit großen Augen an, ehe er sie für immer schloß.

Ein gutes Bild von der Unreise der Kreite, in denen sich die Mörder Rathenaus bewegten, brachte die Vernehmung des 18-jährigen Gammastaffen und Generalschneiders Eubentrauch, Intimus von Günther. Als er den Gerichtshof von der Schändlichkeit Rathenaus und der Verberblühtigkeit seiner Politik überzeugen will, schüttelt alles den Kopf über so viel Unverstand. Der Zeuge erklärt, er sei zu seinem Urteil über Rathenau durch die Fiktur des Testaments Friedrichs des Großen gekommen, das er immer bei sich trage. Der Zeuge wird wegen Verdachts der Teilnahme an dem Verbrechen nicht verurteilt.

Am Nachmittag wurde der Zeuge Bräutigam vernommen, den Tilschen als Spigel engagiert hatte, damit er die Einkassierungen ausführen sollte, worfür er 5000 Mark monatlich bekam. Tilschen schickte ihn sofort zu Hoffmann nach München. Dieser sagte ihm, man müsse die Arbeiterklasse provozieren, damit es zu einem Aufstand komme. Scheidemann, Rathenau und Selmann v. Gerlach sollten ermordet werden. Der Zeuge machte verschiedene Reisen im Auftrage Tilschens und kam eine Woche vor dem Scheidemann-Massentat wieder mit Tilschen zusammen. Er wurde mit einem Unbekannten nach Kassel geschickt, wo ihn sein Begleiter fragte, ob er Scheidemann kenne, und wo dieser wohne. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß etwas geplant sei. Hier muß die Verhandlung unterbrochen werden, da der Angeklagte Warnede wieder unwohl wird.

Die eigentlichen Angeklagten.

Es hat der bisherige Verlauf des Rathenau-Prozesses klar ergeben, daß nämlich hinter den 18 auf der Anklagebank sitzenden Mörder und eigentlichen, aber unsichtbaren Angeklagten standen. Diese Angeklagten sind die militärischen Organisatoren der deutschvölkischen Geheimbünde und die reichen Förderer der deutschvölkischen Mordpropaganda. Selbst die Hauptangeklagten weisen auf die eigentlichen Drahtzieher der deutschvölkischen Bewegung auf die Hauptorganen der Ehrhardt-Division und auf die anderen Helfershelfer des Vorderräters Rapp hin. Diese Namen sind aber aus den geschwollenen Weißbüchlein deutschnationaler, großagrarischer und schwerindustrieller Kreise gelassen worden, aus diesen Weißbüchlein, die außerdem die riesigen Kosten für die deutschvölkische Mordpropaganda aufbrachten. Wer zahlt die Millionen ankommen, mit denen die Hochstuf der deutschvölkischen Flugblätter, von „Welt- und Werkblättern“ bezahlt werden mußte? Das diese „Literatur“ aber direkt zu einer Mord- und Verfolgungspropaganda ausartete, das weiß das Lesen im Verlauf der Buchhandlung Vorwärts ersiehene Schriftchen: „Rückblick auf die Judenrepublik von Carlo Ritterreich an den Freibergerzeugnissen deutschvölkischer Endelsfabrikanten nach.

„Wacht! ganze Arbeit mit den Juden“ schreibt da der „deutsche Volkstra“, Dr. Heinrich Gudor, Leipzig (Hand- und Werkzeitleit Nr. 2. „Deutscher Volkstra“). „Wollen reist man nicht, man tödtet sie!“

In einem Abhakt der Deutschen Vereinigung für Wahrheit, Volksaufklärung und Volkserhebung (G. W.), Leipzig, G. Hecks Verlag, heißt es: „Auf zur Tötung, auf zum offenen Kampf gegen die Ausländer“. Das auf einer Postkarte verbreitete Gedicht: „Wie es kommt“, kündigt „allen Judasbrüdern“ den nahen „roten Tag“ an, an dem sie wie „solche Hunde“ niedergeschlagen werden sollen.

Auf die deutschvölkische Tonart waren schon die Andeutungen des Kapitäns Ehrhardt gestimmt, in denen dieser kurz vor dem Zusammenbruch des Rapp-Putschs (Rede an seine Truppen) unter anderem erklärte: „Ich war gestern schon vor die Frage gestellt, zu bleiben oder abzurücken; aber ich bin geblieben, weil ich es für das Beste hielt.“ Das Judentum gewinnt wieder an Anhängern, deshalb müssen wir vorläufig unsere Sache zurückstellen.“

Das es bestimmte monarchistische Kreise der Rapp-Vernehmung nicht allein auf einen Massenmord der Juden, son-

dem auch der Republikaner abgesehen hatten. Es bewerk das Schicksal des Rentners M. an den Politischen Verhältnissen.

Deutsches Vergehen der kommende Winter nicht die haben für ungeheuer an ersticken — eine Nacht genügt — um diese Stunde auszuatmen. Es hat die hier eine schwarze Ehe angesetzt, damit auch die „Mittigen“ tot gelassen werden, denn es werden's auch manche Richter finden.

Die von den Rapp-Politischen geplante „Organisation in Venedig“, die in eine „rein militärische“ und „in eine militärisch-politisch-organisatorische“ zerfällt, sollte das ganze Volk „auf den Schloß“ vorbereiten, und sie soll ebenfalls die „Aufhebung von schwarzen Wägen“ vor. Was diese „Schwarzen Wägen“ beabsichtigt, das läßt der oben angeführte Fall aus dem Munde eines Rentners M. (vom 11. Februar 1920) leicht erraten.

Hebrigens bewegte sich der Rapp-Politische Vudendorff, der in einem bei dem erstblagenen Hauptmann Verthold besuchten Schützling direkt als kommender Minister bezeichnet wird, kann in deutschpolitischen Ideen. Vudendorff preist direkt die gemeine Völkerverarbeit: „Die Wehemut der Wägen von Zion“ an und verdächtigt die Juden, Deutschlands Völkerverarbeit herbeiführt zu haben, um ihre nationalen Wünsche zu erfüllen.

Die „Wehemut der Wägen von Zion“ haben aber in direkter Beziehung zur Ermordung Rathenau. Der Völkerverarbeit hat auf seinen Mitverschworenen Tschow dadurch einwirken, daß er Rathenau als einen der 300 Wägen von Zion bezeichnet, die die ganze Welt unter die Herrschaft des Judentums bringen wollen. Kern bezeichnet weiter dem Judentum gegenüber den Bankier Warburg als einen der „Wägen von Zion“.

Die Produkte aus der deutschpolitischen Tadelstube haben mit ihrem Propagandawerk in antisemitisch-monarchistischen Kreisen die wildesten Instinkte geweckt und schließlich über die Attentate und Anschläge auf Erzberger, Gaxeis, Auer, Schelldemann, Sanger, Dirksfeld, Gorden zur Ermordung Rathenau geführt. In dem Prozeß gegen die Rathenau-Mörder sind daher als die „eigentlichen Angeklagten“ die Gehäcker der deutschpolitischen Presse und der deutschpolitischen Wehemutorganisationen zu bezeichnen.

Jubilierende Aktionäre.

Wir erleben Zeichen und Wunder. Die Industrie stöhnt unter Kreditnot und Kapitalmangel — zur gleichen Zeit aber ersticht eine Reihe von Unternehmungen geradezu im Kapitalüberfluß, so daß man sich mit phantastischen Gewinnschätzungen Luft schafft.

So sei unter den großen Industriegruppen nur der Anilinkonzern erwähnt, der durch eine Kapitalverdoppelung mit einem niedrigen Ausgabekurs für die neuen Aktien den Aktionären zum drittenmal seit Abiegende Millionen zuwendet. Daneben gibt es aber auch kleine Unternehmungen, die infolge ihrer Überrendite in der Lage sind, 100—150 Prozent Dividende, also das gesamte und selbst das Aderthalbische ihres Aktienkapitals mit einem Male unter die Leute zu bringen. Jubilierende Aktionäre im wahren Sinne des Wortes sind die Aktienbesitzer der Sarskottchen Bergwerke und chemischen Fabriken, Aktien-Gesellschaft in Wörlitz, die anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens 50 Prozent Dividende und dazu einen „Jubiläumsschönwetter“ von 100 Prozent zusammen also 150 Prozent ausschütten; der an Aktionäre ausgeschaltete Betrag beläuft sich auf 28 Millionen Mark — zu sozialen und gemeinnützigen Zwecken werden gleichzeitig 17 Millionen Mark ausgeworfen. Die Aktionäre haben um so mehr Grund zu jubelieren, als ihnen über das vorige Geschäftsjahr 80 Prozent Dividende und ein sehr wertvolles Bezugsrecht auf neue Aktien gebracht hat.

Aber es bedarf nicht erst feierlicher Anlässe, wie im Falle Sarskottchen des Geschäftsjubiläums, um eine erfolgreiche Schubbewegung für die Aktionäre durchzuführen. Die Maschinenfabrik Schaff Rued. Aktiengesellschaft

in Saalfeld, bringt 80 Prozent den Aktionären zugute, indem sie ihnen zwar nur 80 Prozent Dividende, aber dazu 20 Prozent Bonus und auf jede Aktie einen Bonuschein, der auf 1000 Mark lautet und voll Einlösungsrecht ist, im Werte von mindestens 100 Prozent in veranschlagten ist, spendiert. Außerdem wird das Kapital verdoppelt, die neuen Aktien werden um 100 Prozent ausgeben. Es minkt also zu den 150 Prozent Dividende um noch ein weiteres Bezugsrecht, denn es ist klar, daß bei so enormen Gewinnzuschüttungen der Kurswert neuer Aktien nach bedeutend höher ist.

Indem sie über Mangel an Betriebskapital Klage führen, schätzen die Sarskottchen chemischen Fabriken (vorm. Vorster u. Grunberg) 100 Prozent, also das volle Aktienkapital auf einmal aus. Nicht anders die Vereinigten Stahlwerke von der Typen und Wessener Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft in Köln-Deutz, die ebenfalls 100 Prozent Dividende ausschütten. Diese verhältnismäßig sehr hohen, im Hinblick auf die unsehbare Kapitalnot geradezu ungeheuerlichen Dividenden werden herabgebracht, obwohl Banken, die für die Kreditpolitik verantwortlich sind, in den Ausschütkräften der fraglichen Unternehmungen vertreten sind. Diese berufenen Sachwalter des Kredits sehen unnützlich zu, wie deutsche Industrieunternehmungen ihre aufgeschämten Mittel ohne Rücksicht darauf, ob sie in Zeiten schlechten Geschäftsganges brauchen werden, verpulvern, wie sie ihren Kredit unterhöhlen, indem sie ihre Betriebe mit neuen Aktien belasten, die den Aktionären mehr an Gewinnen bringen als den Unternehmungen an Kapital. Anstatt die Werke zu veranlassen, ihre Mittel zusammenzuhalten und vorläufig entbehrliche Reserven in irgendeiner Form anderweit dem Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen, gibt man die Dividende den Aktionären der zusammenbrechenden deutschen Währung, so daß diese Lebensrisse größtenteils in den Verbrauch übergeführt werden.

In diesem Geschäftsgedaren der Banken und Industrie kennzeichnet sich der schreiende Widerspruch der kapitalistischen Profitwirtschaft fast noch mehr als in der anderen Tatsache, daß Aktionäre jubelieren, während die Rentner entsetzt werden, daß Proletariat Mangel leidet und die Volkswirtschaft durch Kapitalnot vor die Hunde geht! —

Branting über den Völkerverbund.

Der schwedische Ministerpräsident Genosse Branting sprach bei seiner Anwesenheit in Berlin dem Vertreter von „Europa Press“ die Meinung aus, daß die letzte Sitzung des Völkerverbundes die beste von allen bisher abgehaltenen gewesen sei. Man sei tiefer in die Materie der verschiedenen Dinge eingedrungen, die Gründlichkeit sei größer geworden. Der gute Wille zur Verständigung sei ganz unverkennbar zutage getreten und es sei gelungen, in einzelnen Fragen zu Ergebnissen zu kommen und für die Erörterung anderer wichtiger Fragen die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund müsse unbedingt erfolgen, sowie es die Verhältnisse nur irgendwie gestatten; er sei nicht nur eine Notwendigkeit für Deutschland, sondern auch für den Völkerverbund; beide bräuchten einander. Deutschland werde als Mitglied des Völkerverbundes viel mehr Gerechtigkeit finden, als wenn es außerhalb bleibe. Der Eintritt Deutschlands würde die Universalität des Völkerverbundes dazunehmen und so für diesen eine glückliche Entwicklung sein. In Wien sei zu den verschiedensten Mälen das Fehlen Deutschlands und Rußlands und natürlich auch der Vereinigten Staaten als ein großes Hemmnis angesehen worden. Darin sei sich die große Mehrheit der Vertreter einig gewesen. Branting erwähnte dabei den einstimmig angenommenen Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages

in Augsburg auf Antrag des Reichstagspräsidenten Eber. Dieser Beschluß habe in den verschiedenen Kreisen der Mitglieder des Völkerverbundes sehr tiefen Eindruck gemacht und sei allgemein als ein gutes Zeichen angesehen worden.

Gegen den Faschistenterror in Südtirol.

Die deutschen Abgeordneten Südtirols veröffentlichen einen Aufruf an das deutsche Volk Südtirols, in welchem sie an ihre Politik eines friedlichen Lebens, einanderlebens der deutschen und der italienischen Bevölkerung erinnern. Dies ist jedoch nur zwischen Freien und Gleichberechtigten, nicht aber zwischen Zwingern und Beherrschten möglich.

Anlässlich des Jahrestages der Annexion Südtirols veranstaltete der Andreas-Hofer-Bund eine Protestkundgebung. Die Häuser waren schwarz geflaggt, die Geschäfte von 10 bis 12 Uhr geschlossen. In allen Kirchen des Landes wurden Tranergottesdienste abgehalten. Auf dem Wiener wurde mittags eine Massenversammlung unter freiem Himmel abgehalten. Die Redner wiesen auf die bedrückte Lage der Deutschen Südtirols hin. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Die Demokraten für Eberts Wiederwahl.

Auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld sprach gestern der Vorsitzende Senator Petersen dem Reichspräsidenten den Dank der Deutsch-Demokratischen Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte aus, besonders auch für das deutsche Denken und Handeln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Ebert wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde. Die Ausführungen riefen einen spontanen Beifallsturm hervor, der minutenlang andauerte.

Die neue Beamtenbesoldungsvorlage.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde die vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Besoldungsvorlage beraten und angenommen. In der Vorlage sind die bisherigen Steuerzuschläge in die Grundgehälter und Ortszuschläge eingebaut. Die Ortszuschläge sind mit Rücksicht auf das inzwischen in Kraft getretene Reichsmietengesetz, und als Ersatz für die bisherigen widerruflichen Wirtschaftsbefristen entsprechend erhöht worden. Die Vorlage geht noch heute dem Reichsrat zu und soll dem Reichstag bei seinem Zusammentreten am 17. dieses Monats bereits vorliegen.

Ein neues Wiederaufbaufortium. In der Hamburger Börse fand eine Besprechung Hamburger und norddeutscher Industrieller statt wegen Errichtung einer neuen deutsch-französischen Wiederaufbaugruppe für Hamburg und Norddeutschland. Mit französischen Mandatären ist bereits in Paris verhandelt worden, und zwar soll die Gründung einer Interessengemeinschaft beabsichtigt sein. Es soll insgesamt die Aufnahme von 600 Millionen Franken in Betracht kommen. Die Gründung der Interessengemeinschaft soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung vorbereitet werden.

Die Parteivereinigung in Dresden. In Dresden ist die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteisetzungen beschlossen worden. Die Zusammenlegung der beiden Zeitungen erfolgt Mitte des Monats. Von da an wird die „Dresdener Volkszeitung“ den Untertitel führen: Organ der vereinigten Sozialdemokratie.

Vom irischen Bürgerkrieg. Irische Aufständische, die im Gefängnis von Mounton gefangen gehalten wurden, griffen heute plötzlich die Wache an. Ein Soldat und ein Polizist wurden getötet, ein Offizier und mehrere Soldaten verwundet. Keinem der Gefangenen, von denen einer getötet und mehrere verletzt wurden, gelang es zu entkommen.

Ungeheiter!

In der Wiener Arbeiter-Zeitung lesen wir zwei Schwurgerichtsurteile. Freidewal handelt es sich um Totschlag, der das Grabmal einer durch Alkoholkonsum verursachten Verstorbenen zerstört war. Doch der Täter sowohl als sein Opfer waren nicht aus den Lagerauslägen und aus dem Genuß der Zecherhandlungen hervorgegangen. Nur der Grad der Verwundung läßt sich nicht feststellen. Während der Verurteilung die Merkmale der Verwurdenheit gegeben sein muß. Findet der Staatsanwalt, daß der Angeklagte im Augenblick der Tat nur angeheitert, also im Wahn und ohne Verstand seiner Verurteilung war. Angeheitert! Wie das wohl zu fassen, wie gemüht, wie vertonenwerdend! Oben Menschen in von außen her die Deterkeit ausgehen, da ist es wohl zu verstehen, ist glückselig, was sollte er Wesen im Schilde haben? Angeheitert! Wie heißt! Man muß unvollständig werden, wenn man das Wort hört! Und dennoch, dennoch ist es möglich, daß ein Mensch dem anderen im anachronistischen Zustand ein Messer in den Leib rammt! Was für eine heilige heilige Deterkeit mag das wohl sein! Aber — wiederholt ist es gar keine! Wenn ein Mensch unvollständig ist, so ist es möglich, daß er sich selbst tötet. Ja, aber warum hat die Krankheit des Wahnsinnigen so einen schrecklichen, heiligen Charakter? Warum heißt dieser Zustand „angeheitert“, warum nicht angeheult, warum nicht laubgeheult, warum nicht, da die höchsten Antriebe der alten Natur im Menschen außerhanden sind, antriebslos, warum nicht verheult? Nur angeheitert! Und es heißt doch das ganze Menschheit eines Menschen auf dem Spiel!

Nur angeheitert! Und was Jahrtausende an Mühen, an Selbstbeherrschung, an Pflanzlichkeit, anstande gebracht haben, ist hier nur die Welle in geblieben. Und was in der Zahl der Antriebe, und das ganze Band der Fortschritt, alles Unterhandlungen, Schwerehandlungen, öffentlicher Anstand, Vandalismus, Verteilung, Verwirrung — wer kommt jetzt noch in Bewegung?

Nur angeheitert! Und es heißt doch das ganze Menschheit eines Menschen auf dem Spiel!

monstrationszüge veranstalten, daß sie nicht reden und schreiben, daß sie nicht während der Menschen in die Ehren lächerlich. Mit diesen Anheiterungen müßte es ein Ende haben! Wie traurig ist doch auch ein Gericht! Wie schmerzhaft läßt es die tiefe Kultur der Völkerverbünde erkennen! Was muß uns unter ausgebildete Hochschüler? Volkspolizei wäre mehr! Laßt die Armen nicht schuldig werden, dann braucht ihr nicht so oft und nicht so lange herumzuschlagen, wie ihr den Völkerverbund zwischen Recht und Unrecht seht! Jugendverurteilung, Elternverurteilung! Völkerverbünde sollen sich mit dem Volke verbinden. Seelenforscher, nicht Finstler, Seelenärzte! Dann wird sich keiner mehr anheiteren müssen, weil jeder die Deterkeit in sich hat, die tiefe Deterkeit der Herrschaft über sich selbst! Wann wird endlich der Mensch des Menschen größte Sorge sein?

Ein Leuchtturm für die Ostschiffahrt. Die Orientierung der Ostschiffahrt zur Küste erfordert ähnliche Einrichtungen wie die Westschiffahrt. Ständige Einrichtungen zu diesem Zweck werden um so dringlicher, je mehr die Ostschiffahrt sich zu einem regelmäßigen Verkehrsmittel für die Post, für Warenverkehr und Verkehrsverkehr herausbildet. Die Telephonleitung ohne Trakt, welche in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, ist ein verlässliches Mittel, durch das der Führer eines Ostschiffahrt oder Jahrganges sich mit Stationen der Küsterverkehr in Verbindung halten kann, und man wird wohl mit der Zeit in einem Teil von Stationen kommen, von denen aus die Straßen in der Zeit kontrolliert werden. Daneben aber erscheint das Vorkommen von weissen Lichtbaken und Leuchttürmen ebenfalls angebracht wie das von Leuchttürmen und Leuchttürmen an den Meerestrafen. Auf dem Mont-Astruc, etwa zwölf Kilometer von Tien entfernt, ist jetzt ein solcher Leuchtturm errichtet worden, dessen Licht die haitianische Wägen von einer Million Kilometer erreicht. Das Leuchtturm erreicht aus acht mächtigen Gegenständen von 20 Ampere und 60 Volt. Es ist drehbar gegen die Wägen und angelegt, keine Traggewebe besitzt im Gegensatz zu den Leuchttürmen, die vollständig durch die Wägen sind. Dieser Leuchtturm soll vor allem dem Verkehr zwischen Paris und Marseille und weiterhin nach Nordafrika dienen.

Ein nicht gewollter Erfolg. Der Völkerverbund hat die Bücher des italienischen Dichters und Nobelpreisträgers Anatole France auf den Index gesetzt, soll heißen: ihre Vertikale für freigelegte Katholiken verboten. Dies hat — in Paris wenigstens — eine Folge gehabt, an die der Völkerverbund wohl kaum gedacht hat; die Buchhändlerläden der Zeitungsstadt, la auch der Provinz wurden förmlich gestürmt. Alles wollte plötzlich Anatole France lesen, alles Bücher von ihm im Besitz haben. Der Verleger mußte mit schmerzgelbem Gesicht von jedem Werke Neuauflagen drucken lassen; denn die vorhandenen Auflagen sind bis auf letzte Stück vergriffen. Selbst in den Anheiterhandlungen ist kein Blick mehr zu haben.

Ein literarischer Tendenzprozeß. Gegen den Schriftsteller Karl Einlein und seinen Verleger Ernst Romoß ist beim Landgericht 2 in Berlin eine Anklage wegen „Verleumdung“ erhoben. Diese soll durch das von Einlein verfasste und bei Romoß verlegte Buch „Die schlimme Gesellschaft“ begangen sein. Es ist dies seit dem Bestehen der Republik der erste Verleumdungsprozeß, der aus einer literarischen Publikation entstanden ist und hoffentlich der letzte.

Die Kontrastbrüchigen Schauspielere. Zu der bereits gemeldeten Aufhebung zweier Berliner Singspieler von jeder Bühnenstätigkeit auf ein Jahr schreibt das N. F.: Zwei bekannte Berliner Singspieler sind für kontrastbrüchig erklärt und mit reichlich verdienten Strafen bestraft worden. Die „Leitende“ Kritik der Wägen und der „Leitende“ nichtliche Kurt Reitermann. Die Sache zeigt, bis zu welchem Grad der Verwahrlosung das Berliner Bühnenwesen gediehen ist. Singspielermann kann ganz einfach ohne Urlaub an einer Bühnenanstalt in die Provinz, und die Dame Wagner, der Fünften Weber verpflichtet, arbeitet auf Grund eines alten rechtswidrigen Vertrages bei einer anderen Firma.

Was der Weltkult von Tourn. Ein zu seinem Sekretär: Zogen Sie, wie hat liegt Reitermann eigentlich begraben? — Der Sekretär: Zogen Sie, wie hat liegt Reitermann, Majestät. — Ein: In der Zeit zum gut angeordnet? — Der Sekretär: Das ist im Augenblick noch nicht möglich. — Ein: Gut, dann im Augenblick die, das ist die preisliche Wahlreform gewollt habe und das Reitermann sie verheiratet hat.

Die Schraube ohne Ende.

Tarifserhöhungen für Straßenbahn und Krankenhaus. — Der Einbau von Läden im Zeughaus. Bewilligung von Mitteln für Frühstücksbepfehlung von Volksschülern, für den Schulneubau in Laurential, für Spielplätze und für die Abmelkwirtschaft in Weichhof.

Auch die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte sich fast ausschließlich mit wieder mit Erhöhung von Preisen, und zwar schon wieder für die Straßenbahn und für das Krankenhaus, sowie mit umfangreichen Bewilligungen für eine Anzahl städtischer Einrichtungen und Bauten zu beschäftigen. Die neuerliche Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise löste eine längere Debatte aus, in der die Verdoppelung des Tarifes von allen Seiten als außerordentlich hart bezeichnet wurde. Nach Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, der eine Ermäßigung für Schwerkrankenbesoldigte und Fortbildungsschüler bringt, stimmte die bürgerliche Mehrheit aber dennoch der 100prozentigen Erhöhung der Fahrpreise zu. Die vom Senat geforderte Ermäßigung, zunächst die Fahrpreise unter Befragung des städtischen Verkehrsamtes selbständig festzusetzen, fand keinerlei Beachtung. Der Antrag wurde mit dem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die in dieser Hinsicht mit den Preisfestsetzungen für Gas und Elektrizität durch den zuständigen Ausschuss gemacht worden sind, allerseits abgelehnt. Von den Bewilligungen, deren ein ganzer Bündel vorlag, war die Wiederannahme der Schulkinderbepfehlung für die Allgemeinheit die wichtigste. Leider wurden die sozialdemokratischen Erweiterungsanträge, die Zahl der zu bespeisenden Kinder von 4000 auf 8000 zu erhöhen und statt 1 1/2 Millionen dafür 4 1/2 Millionen zu bewilligen, abgelehnt, obwohl selbst von bürgerlicher Seite der außerordentlich schlechte Gesundheitszustand der Volksschulkinder nicht geleugnet werden konnte.

Mit halbständiger Verspätung wurde die Sitzung bei Anwesenheit von 25 Stadtverordneten eröffnet. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der gemischte Ausschuss für Verbesserungen aus 4 Senatsvertretern, 8 Stadtverordneten und 4 Bürgervertretern bestehe. In den Ausschuss wurden u. a. gewählt die Stadtverordneten Vorwert, Roggenbuck, Fletkau und als Vertreter der Arbeitersportverbände Artus und Koch.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) protestiert bei dieser Gelegenheit dagegen, daß ein Vertreter der Arbeitersportverbände, Artus, von der Teilnahme der Ausschussarbeiten ausgeschlossen wurde. Stadtrat Dr. Mauer bedauerte den Vorfall und führte ihn auf ein Versehen eines unteren Beamten zurück.

Für das Metzer Laughaus wird eine Anzahl Weisler wieder- bzw. neugewählt.

Es stand alsdann die Erhöhung der Schankkonzessionssteuer zur Beratung.

Stadtv. Mahn (R.) war der Meinung, daß durch die dem Volkstage vorgelegte „Hodersteuer“ diese Vorlage überflüssig ist.

Konrater Hoderer erwiderte, daß die Hodersteuer für die Verlängerung der Pollzeitsunde erhoben werden soll. Der vorliegende Antrag des Senats fordere die Verdoppelung der Steuerätze bei Neukonzessionierungen.

Für Ausbau des Spielplatzes Anepab werden 1.050.000 Mark angefordert.

Stadtv. v. Rudzinski (Pole) wies darauf hin, daß bereits vor Jahresfrist, am 7. Juni 1921, für diesen Zweck 350.000 Mark bewilligt worden sind und verlangt Rudzinski, warum die Ausschreibung der Arbeit nicht sofort erfolgte. Jetzt müsse die Stadt die Mehrkosten tragen, mit den Mitteln der Allgemeinheit werde Schindler getrieben.

Senator Leske gab als Ursache der Verzögerung den vorläufigen Anwerbestreit an.

Stadtv. Gen. Spill war mit einer solchen Antwort natürlich nicht zufrieden. Selbst wenn der vorläufige Bauarbeiterstreik die Arbeiten verzögerte, so war doch nach dessen Beendigung Zeit genug, den Zaun aufzustellen, zum mindesten hätte das Material beschafft werden müssen. Es sei allgemein, daß der Senat trotz der dabei gemachten Erfahrung in diesem Jahre einen neuen Bauarbeiterstreik provozierte.

Wegen die Vorlage selbst wurde kein Widerspruch laut und die angeforderten Mittel bewilligt. Ebenso 312.000 Mark für den Ausbau der Spielplatzanlagen auf dem Altschloßberge. Für den Neubau einer Schule in Laurential wurden ohne Aussprache 810.000 Mark bewilligt. Für die Verbesserung des städtischen Pagers I wurden 1.200.000 Mark bereitgestellt und Mittel bewilligt zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach dem Kaiserhafen.

Der Einbau von Läden in das alte Zeughaus ließ auf den Widerspruch des Stadtv. Dr. Thun (Centr.), der dadurch eine Verhinderung des ehrwürdigen Gebäudes befürchtete.

Stadtv. Winter (D. P.) war dagegen der Ansicht, daß die in Aussicht genommenen Läden eher zur Verschönerung des Gebäudes beitragen, als das bisherige Kartoffellager.

Senator Dr. Leske wies darauf hin, daß der Plan des Zeughausumbaus von Professor Fischer ausginge, was eine Gewähr dafür sei, daß das alte Gebäude nicht darunter leide. Durch die Vermietung der Läden sollen die Mittel zur Erhaltung des Gebäudes aufgebracht werden.

Stadtv. Gen. Grünhagen betonte, daß im Ausschuss einstimmig der Umbau des Zeughauses beschlossen worden sei. Wenn die Läden nicht eingebaut würden, würden sich Schmutzwasser für Unschickliches Gefinde bilden. Die Vorlage des Senats wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Für die Aufrechterhaltung und Weiterführung der Abmelkwirtschaft auf dem städtischen Gut Weichhof wurden vom Senat 1 1/2 Millionen Mark verlangt.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) erklärte, daß er der Vorlage zustimme. Er übte dann scharfe Kritik an dem Verwalter des Gutes, Inspektor Beder, der das Gut in Grund und Boden wirtschaftete. Während andere Güter bedeutende Ueberschüsse bringen, verlangte das städtische Gut Weichhof im vergangenen Jahre einen Zuschuß von 100.000 Mark. Bei dem Verkauf städtischen Grundbesitzes habe Beder den Interessen der Stadt entgegen gehandelt. Redner wies auf das Gut Salve hin, dessen Bodenqualität viel schlechter sei und trotzdem der Stadt 3 Millionen Mark Nacht einbringe.

Die Senatoren Jansson und Juch II bemängelten sich, die gegen Beder erhobenen Vorwürfe zu entkräften.

Stadtv. Gen. Grünhagen betonte, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit Beder's nicht angezweifelt werden soll. Tatsache sei jedoch, daß die Bewirtschaftung des Gutes das nicht einbringt, was verlangt werden kann.

Die Aussprache war damit beendet, die verlangten 1 1/2 Millionen wurden bewilligt, um die Milchversorgung Danzigs in etwas sicherzustellen.

Wie zu erwarten war führte die abermalige 100prozentige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

zu einer längeren Aussprache. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen legten folgenden Antrag vor: 1. Für Schwerkrankenbesoldigte sind Karten zu ermäßigten Preisen analog den Bestimmungen für Studierende an der technischen Hochschule einzuführen; 2. den Schülern der Handels- und Gewerbeschule sind ermäßigte Tageskarten zum Besuch dieser Schule zu gewähren.

Stadtv. Winter (D. P.) hatte zwar schwere Bedenken gegen die neue Erhöhung der Fahrpreise, stimmte ihnen aber zu. Tagegen lehnte er es ab, dem Senat die Ermäßigung zu erteilen, weitere Erhöhungen der Straßenbahnfahrpreise ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Stadtv. Dr. Thun (R.) lehnte es ebenfalls ab, dem Senat die erbetene Ermäßigung zu erteilen. Es sei nicht notwendig, daß Verkehrsunternehmen rentabel sind, es genüge, sie lebensfähig zu erhalten.

Stadtv. Gebauer (U.S.P.) erklärte, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Erhöhung der Tarife ablehnen, da es dann weiten Kreisen der Bevölkerung nicht mehr möglich sei, die Straßenbahn zu benutzen. Schon im Mai vorigen Jahres habe die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Schwerkrankenbesoldigten Straßenbahnfahrkarten zu ermäßigten Preisen abzugeben. Der Beschluß sei bis jetzt nicht ausgeführt worden, sondern nur an sechs Schwerkrankenbesoldigte Freikarten auszugeben worden. Redner trat dafür ein, daß den Schülern der Handels- und Gewerbeschule zum Besuch der Schule ermäßigte Tageskarten gegeben werden.

Stadtv. Foren (D. P.) schloßerte die Notlage vieler Studenten. Die Stadtverordnetenversammlung möge den Studenten durch Gewährung billigerer Straßenbahnfahrkarten entgegenkommen.

Stadtv. Mahn (R.) wies darauf hin, daß die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise 75 Prozent betrage. Die Direktion der Straßenbahn fordere aber einen 100prozentigen Zuschlag auf die Fahrpreise. Es werde freilich damit operiert, daß die Straßenbahn Müllwagen für Erneuerungen machen müsse. Reparaturen oder Reparaturen seien jedoch so gut wie gar nicht gemacht worden. Die Verzinsung der Vorauskassen müsse aufhören und das Unternehmen in städtische Regie genommen werden.

Senator Kunze wies darauf hin, daß alle Verkehrsunternehmen sich in einer schwierigen Lage befinden. Wenn die beantragten Tarifserhöhungen nicht bewilligt würden, müsse das Unternehmen insolvent werden. Das Unternehmen müsse sich durch Einnahmen erhalten. Die Straßenbahn gebe an 65 Schwerkrankenbesoldigte und 40 Blinde Freikarten aus.

Stadtv. Frau Richter (D. P.) wünschte die Herausgabe von Monatskarten für die Strecke Dübener Tor — Althagenweg.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die 100prozentige Straßenbahntarifserhöhung wurde dann mit 14 gegen 14 Stimmen beschlossen. Wegen die Vorlage stimmten die Polen und die Polen. Mit großer Mehrheit wurde dann das Verlangen des Senats, die weiteren Fahrpreiserhöhungen selbst zu beschließen, abgelehnt. Angenommen wurde dagegen die Resolution, die die Einführung von Monatskarten für die Strecke Dübener Tor — Althagenweg forderte.

Die Frühstücksbepfehlung armer Schulkinder

soll nach den Ferien wieder aufgenommen werden. Der Senat forderte zu diesem Zweck 1 1/2 Millionen Mark, für die 4000 Volksschulkinder gespeist werden sollen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragten, die Summe auf 4 1/2 Millionen Mark und die Zahl der Schulkinder, die an der Speisung teilnehmen, auf 8000 zu erhöhen. Beder wurde beauftragt, die Speisung auch auf die bedürftigen Schüler und Schülerinnen der mittleren und höheren Schulen auszudehnen.

Stadtv. Gebauer (U. S.) begründete die sozialdemokratischen Anträge. Die fürchterliche Not und das steigende Elend zwingen zu Abwehrmaßnahmen. Es sei bedauerlich, daß die Klüber der Mittelschulen von der Schulspeisung ausgeschlossen sein sollen.

Von den Rednern der bürgerlichen Fraktionen und vom Senat wurden die sozialdemokratischen Anträge bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß die angeforderten Mittel vorerst genügen. Dabei wurde von dem Stadtverordneten und Senatsmitglied selbst festgestellt, daß die Ernährung der Schulkinder argzweit weit schlimmer sei, als wie während des Krieges. Ein der Stadtverordneten Frau Gen. (U. S.) wurde verlangt, daß die Aufsicht in der Schulküche Schwarzmeer getrocknet wird. Die bisherige Leiterin, Frau Traband, habe sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Stadtv. Grünhagen beantragte die Ausschreibungen der Stadtverordneten Frau Gen. Biedere erklärte jedoch, Zeugnisse für ihre Behauptungen beibringen zu können. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Polen und Polen abgelehnt, die Senatsvorlage angenommen.

Für die Ausschüttung der Summen im Dr. Hener Waisen wurden 200.000 Mark bewilligt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der am 30. Juli 1921 angeordnete Tumultschaden ersetzt wird.

Die 100prozentige Erhöhung der Krankenhauskosten wurde ohne Aussprache bewilligt. Dabei wurde ein Antrag angenommen, der die Bedürftigkeitsgrenze bei Ermäßigung in der 3. Klasse ebenfalls erhöht. Gegen 18 Uhr trat das Haus in die geheime Beratung ein.

Danziger Nachrichten.

Der Dollar!

Dollar — ein Wort? Mehr: eine Macht, der die halbe Erde lauscht, ein Ton, der in die niedrigste Hölle, in den prunkvollsten Palast bringt — Dollar ist Weisheit von Millionen.

Der Dollar steigt — hier liegen Tausende auf der Straße, leeren die Fabriken, sprengen die unverschämlichen Waren die Lagerhäuser; dort liegen die Maschinen, müßt sich alles, was arbeiten kann, und stehen doch Tausende vor unerschwinglichen Preisen und schreien nach Brot. Mißtrauen, Unlust, daß jenseit zwischen Liebenden, weil sie der steigende Dollar hindert, sich für ihr Leben zu verbinden, Mütter verzweifeln vor den hungrigen Blicken ihrer Kinder, Lehrer lassen sich erschauern in die Straße, in die Gasse gleiten, weil der Glanz des Dollars hinweglockt aus armen Familienkreis, Männer werden brutal, gierig, belauern jede Schwäche des Nächsten, um mitzufliegen mit dem Dollar. In Säulenhallen und Praxen wird eine Kultur aufgeschüttet zu hemmungslosem Luxus, bis sie zerplatzt an innerer Leere. Und Politiker zerrt in sich die Stur, lagen von Sitzung zu Sitzung, entworfen Gesetz um Gesetz, zu drehen das unheimliche Geschick, das Dollar treibt!

Der Dollar steigt — Tausende horchen auf, Hoffnungen, unheimliche, erwachen in fieberhaft überreilten Gehirnen, Exekutanten erzittern, es knistert im Gebälk Duzender von Palastarrangements — die Welt horcht ... und lauscht — was wird der Dollar tun ... der Dollar — ?

Er fällt! Wie ein Gewitter geht es durch die Welt. Verzweiflung, Zusammenbruch hier, Wäutmen dort, neue Kämpfe, Schreie an die Regierungen, Schutzsuchende, Bankrotteure, frohlockende Gewinner, bereit zu neuem gierigen Kampf. —

Ist das nicht Wahnsinn? Wann wird die Menschheit die Tyrannen abwerfen, die Diktatur des Dollars, die Diktatur der Dinge, der Waren, die ausgelassene Tyrannen der Dinge?

Wann wird sie aufhören, zu lauschen auf das Machtwort des Dollars, wann wird die Menschheit reif sein zur Herrschaft auch über den Dollar, über die Waren, über die Dinge? W. Haupt.

Unschuldig 24 Jahre im Justizhaus.

Ein erkrankterweise nicht allfälliger, folgenreicher Justizirrtum fand jetzt nach 24 Jahren seine endliche Aufklärung und Wiederaufnahme. Der Arbeiter Karl Hannemann aus Groß Jander wurde im Februar 1900 an 2 1/2 Jahren Justizhaus verurteilt, weil er mit anderen Personen zusammen zwei Einbruchsdiebstähle begangen haben sollte. Bei dem Verurteilten in Bohusad soll er ein Schwein und 20 Gähner, bei einem Diebstahl ein Schwein, eine Hige und fünf Kaninchen durch Einbruch gestohlen haben. Der Angeklagte bestritt damals schon die Tat, wurde aber doch für schuldig befunden. Im Gefängnis beschäftigte er sich und nahm die Strafe an, weil ihm gesagt wurde, Revision sei nur möglich, wenn ein Formfehler vorliege. Wenn er das Wiederaufnahmeverfahren betreiben wollte, dann müsse er zunächst die Strafe annehmen und dann kann die Sache weiter betreiben. Das Wiederaufnahmeverfahren wurde ihm bewilligt und die Strafkammer hatte nun noch mehr als 2 1/2 Jahren nochmals über die Sache zu verhandeln. Es gelang dem Angeklagten durch Zeugen nachzuweisen, daß er am Abend des ersten Diebstahls in Dargowien in einer Versammlung war und hier noch mit dem Redner des Abends ein Glas Bier trank. Der Tag der Verurteilung war durch das Protokollbuch genau festzustellen. Ferner konnte er durch Zeugen genau nachweisen, daß er zur Zeit des zweiten Diebstahls den Fuß gebrochen hatte und an Krücken ging. Dieser Tag war deshalb genau festzustellen, weil an diesem Tage seine Schwester in Dargowien war, wie an diesem Tage war er erkrankt, daß er bei beiden Diebstählen nicht dabei gewesen sein konnte. Die Strafkammer sprach ihn deshalb frei. Hannemann hat also über 2 1/2 Jahre unschuldig im Justizhaus gesessen, aus dem er jetzt vorgelassen wurde. Er wurde sofort entlassen.

Helfst den Deutschen Schulen in Polen.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehenden Aufrufes ersucht:

Zum 1. u. 2. Frieden von Versailles sind wertvolle deutsche Gebiete an Polen gefallen. Bittere Not ist damit über unsere deutschen Volksgenossen und besonders die deutschen Schulen in den Mitteln Altpreussens und Ostpreussens herabgekommen. Durch den Minderheitenvertrag von 1920 sind die Deutschen in Polen das Recht zugebilligt, auf ihre Schulen, Hochschulen, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu übertragen, zu leiten und zu betreiben. Doch fordert die Unterhaltung dieser Schulen, die Zahlung der Gehälter an die Lehrer und Lehrerinnen heute derartige Gelder, daß die Deutschen in Polen nicht mehr in der Lage sind, diese Summen aufzubringen. Deshalb kann ein großer Teil der deutschen Kinder in Polen keinen elementaren Schulunterricht erhalten. Im ehemaligen Ostpreußen und nördlichen Polen (Masuren) sind über 200.000 deutsche Kinder unterzubringen, wofür wir deutsche Volksgenossen betreiben und auch deutsche Kinder erhalten nur gelegentlich durch Wanderlehrer Unterricht. Hebräisch gibt es an deutschen Lehrern und Lehrerinnen.

Hier muß geholfen werden! Der Deutsche darf talentlos anfallen, wie deutsche Anaben und Mädchen ohne deutsche Schulbildung aufwachsen und dem Fortschritt entfremdet werden. Der deutsche Schulverein Danzig hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier helfend einzugreifen. Durch Sammelbeiträge in deutscher Form, durch regelmäßige Beiträge von Einzelmittgliedern, Schulen und Vereinen will er die Mittel aufbringen, deutsche Schulen in Polen zu gründen und zu unterhalten. Er wendet sich an alle Deutsche der freien Stadt Danzig, ohne Rücksicht auf Beruf, der Parteizugehörigkeit, des Bekenntnisses, mit der Bitte um Unterstützung und Mitarbeit. Trete ein in unsere Reihen, werbe für unsere gute Sache, komme zu unseren Vorträgen, in denen noch in dieser Woche hier in Danzig die Not der deutschen Schule in Polen dargestellt wird.

Zu näherer Auskunft über den deutschen Schulverein Danzig ist der 1. Vorsitzende, Studientrat Dr. Mühlke, Danziger Allee, Am Johannisberg 28, jederzeit gern bereit.

Die Reichshaltung falscher Pässe. Ein Kaufmann und eine Dame aus Pabian in Polen waren in Lissa und wollten von hier nach Deutschland reisen. Sie hatten aber keinen Pass und erließen ihn auch nicht. Deshalb ließen sie sich bei der ukrainischen Vermittlungsstelle als Ukrainer aus Lissa eintragen und beforagten sich auf diese Weise einen falschen Pass. Sie wurden verhaftet und gegen Sicherheitsleistung freigelassen. Nun stand ihre Sache vor der Strafkammer zur Verhandlung. Der Mann war jedoch nicht erschienen, so daß seine Kantonskammer verfiel. Die Frau wurde wegen Passvergehens zu 10.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der hiesige Arbeiter-Abkündigtenbund befindet sich in erfreulichem Wachstum. Die Verbindung mit der Zentralstelle in Berlin ist jetzt hergestellt, Materialmaterial, Mitgliedbücher sind eingetroffen, so daß die Vereinsarbeit und der Kampf gegen den schändlichen Feind der Arbeiterklasse energischer auch in der Öffentlichkeit geführt werden kann. Vor allem gefallen die hiesigen Arbeiter mit der aufstrebenden Sonne, die werden manchen Krugler hinweisen auf die Bedeutung der Arbeiterkassenarbeit. Der Vorstand, der auf ein Jahr gewählt ist, besteht aus dem 1. Vorsitzenden Gen. Siegmeyer, der 2. Vorsitzenden Frau Stadterverdr. Gen. Ven. dem Schriftführer Gen. Peter und dem Kassierer Herrbert Schlegel. Verehrlich und wertvoll ist die Monatschrift „Der abkündigte Arbeiter“, die jedes Mitglied erhält. Zu der nächsten Sitzung am kommenden Freitag ist das Erscheinen aller Mitglieder nötig, da Mitgliedbeiträge zu zahlen, Mitgliedbücher und Abzeichen in Empfang zu nehmen sind. Gäste sind in allen Zusammenkünften willkommen.

Veränderung in der Verwaltung des Lehrerinnen-Vereins. Die langjährige Oberin des Lehrerinnen-Vereins, Frau Oberin in Elwa, Kränlein Parac, hat ihr Amt nach längerer Tätigkeit aufgegeben. Sie hat seit 1911 das Vereinsamt geleitet und es unter vielen persönlichen Opfern durch die schwere Zeit seit 1911 bis jetzt hindurchgeführt. Mit lebhaftem Bedauern sieht man sie aus dieser Stellung scheiden. Die Stelle einer Oberin geht ein, und

ein Verwaltungskomitee, bestehend aus Damen der Anstalt, wird die Verwaltung weiterführen. Das gemeinsame Mitsprechen wird ebenfalls eingehalten, und es wird nur noch für die Anwesenheit gesorgt. Die finanzielle Lage der Anstalt ist außerordentlich schlecht.

Aus dem Osten.

Königsberg. Der einmündige Kandidatenausschluß. Wegen Urkundenfälschung ist am 18. v. M. der Kreisrichter Albert Gansberg aus Königsberg von der Strafkammer in Tilsit zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Durch die Revision des Reichsgerichts kam die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Landgericht. Der Tatbestand ist folgender: Als im August die Wahlen zum Kreisrat stattfanden, wurde der Angeklagte von dem Vorstehenden, Amtsgerichtsrat Muhlack von der Demokratischen Partei, vorübergehend mit der Leitung der Wahlaktion beauftragt. Er übergab ihm die Akten mit dem Hinweis, daß noch fünf Wahlkandidaten um die Einmündigung zur Annahme der Kandidatur zu befragen seien. Unter anderen lud er nun G. den Maurermeister Fritz Zeile auf, jedoch über nur dessen Bruder zu Hause. Dieser soll ihm ohne jeden Verhaltensausweis haben, die Einmündigung und die Namensunterschrift seines Bruders zu besorgen. Der Angeklagte bemerkte auf zwei Seiten die Personalien des Fritz Z. und entwarf gleichzeitig ein Muster, wie diese Bestimmungen erfüllt anzufragen sei. Dieses Muster verließ er auch mit der Namensunterschrift des gewünschten Kandidaten. Die Strafkammer legte er zu den Akten. Als M. von seiner Seite zurückkehrte, übergab ihm der Angeklagte die Wahlakten mit dem Hinweis, daß bis auf Fritz Zeile alles in Ordnung sei. M. hat aber diese Bemerkung des Angeklagten vergessen. Der Wahlkommissar erachtete die Zustimmungserklärung als echt und ließ die Namen der Kandidaten im Kreisblatt veröffentlichen. J. widersprach dieser Veröffentlichung mit der Erklärung, daß er niemals seine Einwilligung dazu gegeben habe. Die Strafkammer in Tilsit sprach den Angeklagten der Urkundenfälschung schuldig. Als Folge dieses Urteils hat der Angeklagte, 1 1/2 Jahre lang von seinem Amt entbunden, beschäftigungslos dagestanden. Vor der Königsberger Strafkammer beantragte der Staatsanwalt, ohne auf den Anhalt der Verhandlung einzugehen, die Freisprechung des Angeklagten. Das Urteil lautete dementsprechend. In der Urteilsbegründung wurde u. a. hervorgehoben, daß die beanstandeten Urkunden von dem Angeklagten lediglich zu informatorischen Zwecken angefertigt gewesen seien. Von einer Verletzung seiner Handchrift sei keine Rede. Eine Fälschung treffe nicht zu.

Königsberg. Einbruch in ein Lebensmittelgeschäft. In der Nacht oranges Einbrecher in den Vorrat eines Lebensmittelgeschäfts in der Moltkestraße ein, wo sie u. a. drei Kisten mit je 80 Pfund Margarine, eine Kiste mit 50 Pfund Schmalz, einen Kessel mit 50 Pfund Speisöl, einen großen Polster Schokolade, einen Sack mit 100 Pfund Auslandszucker und einen Posten Toilettenseifen im Gesamtwert von etwa 100.000 Mark entwendeten. — 120.000 Mark im Zuge gekostet. Einem in Ruditten wohnenden Kaufmann wurde in einem Abteil 2. Klasse eines Durchgangswagens von Saargölzen nach Station Mittelhausen, während er schlief, aus seiner inneren Manteltasche ein Riefenstück mit 120.000 Mk. entwendet. Eine Brieftasche mit 150.000 Mk. Inhalt, die er in der anderen Manteltasche trug, blieb von dem Dieb unbemerkt.

Rechtan. Raubüberfall auf der Chaussee. Als am Sonntagabend die Frau eines Mantauer Besitzers mit einem Einspännerfuhrwerk von Königsberg nach Mantau fuhr, sprang in der Gegend von Rauh ein Mann auf den Wagen auf, der die Frau hat, ihn doch mitzunehmen. Die Frau gestattete denn auch die Mitfahrt. Plötzlich sah der Unbekannte die Frau am Halte und wirgte sie. Die Ueberfallene wehrte sich jedoch kräftig. Der Räuber verschwand unter Mitnahme des Fuchspelzkragens der Frau und einer schwarzen Ledertasche, in der sich zwei Pfund Schmalz, 50 Mark u. a. m. befanden.

Tilsit. Eine deutsche Kundgebung für das Gemeindegelände fand hier statt. Einmütig wurde die Forderung der freien Volkshausverwaltung im Gemeindegelände erhoben. Vertreten waren in der Versammlung u. a. das Tilsiter Gewerkschaftsamt, der Innungs-

Verband der Handwerkerbetriebe, die Landwirtschaftlichen Vereine von Tilsit und Umgebung, das Beamtenkartell und der Heimatsverein. Der Hauptredner gab der Hoffnung auf eine Neidevereinerung Ausdruck.

Stettin. Ein Kohlenkahn gesunken. Ein Kohlenkahn zwischen dem englischen Dampfer „Scott Monarch“ und zwei Rähnen ereignete sich auf der unteren Oder. Der 8000 Tonnen große Dampfer, der mit Phosphat vom Mittelmeer kam, lief aus dem Muder und schlug hart gegen einen auf der linken Oberseite liegenden Kahn, der Kohlen geladen hatte. Der Kahn sank sofort, und auch der daneben liegende wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Budisch. Schwere Schicksal. Im diesigen Kreise waren in diesem Jahre etwa 200 Vertentkinder aus dem Nebenlande untergebracht. Vor einigen Tagen fand nun der Rücktransport statt. Als der Zug in den Bahnhof des Ortortes einfuhr, öffnete in einem unbewachten Augenblick ein Mädchen vorzeitig die Tür des Wagenabteils und stürzte so unglücklich hinaus, daß es von den Rädern eines auf dem Nebengleise fahrenden Zuges erfasst und zermalmt wurde. Die Mutter des Kindes, die die Heimkehr ihres einzigen Stiefkinds erwartete, mußte Zeugin dieses grausigen Vorfalls sein.

Riga. Flottenbesuche. Die russischen Vertreter in Riga und Reval haben der lettischen und estländischen Regierung mitgeteilt, die baltische rote Flotte beabsichtige, die Häfen der baltischen Staaten demnächst zu besuchen, um Rußlands friedliche Beziehungen zu diesen Staaten zu bekunden. In Riga sind zwei französische Torpedoboote angekommen und im Revaler Hafen die beiden polnischen Kanonenboote „Pikudski“ und „General Haller“.

Kleine Nachrichten.

Ein zwei Zentner schwerer Mammuthohr gefunden. Dem Museum in Reddinghausen wurde von der Bergwerksdirektion Reddinghausen ein bei den Kanalweiterungsarbeiten in Holtrop gefundener Mammuthohr überliefert, der bei einer Länge von 284 Mtr. das ansehnliche Gewicht von zwei Zentner hat.

Ein schwerer Auto-Unfall hat sich in Berlin ereignet. Einem Privatkraftwagen lief in der Urbanstraße ein Knabe in den Weg. Der Chauffeur wollte dem Kinde ausweichen, machte dabei aber eine so scharfe Wendung, daß der Wagen umstürzte. Die vier Insassen desselben wurden auf das Straßenpflaster geschleudert und trugen erhebliche Schnittwunden und andere Verletzungen davon.

Neuer Weltrekord im Fliegen. Der amerikanische Fliegerleutnant Langham hat auf einem Curtis-Apparat einen Rekordflug mit einer Stundengeschwindigkeit von 220,48 englischen Meilen ausgeführt und damit den Weltrekord des französischen Fliegers Sadi Cecointe geschlagen.

Der Rohnkampf der Berliner Schauspieler ist durch den Spruch der Schlichtungsstelle, der 14.000 Mark Grundgehalt und 7.000 Mark Aufwandsentschädigung vorsieht, beendet.

Nachahmenswertes Verfahren. Die Thüringische Regierung beschloß eine der Getreideumlage ähnliche Holzumlage. Die Nutznießer von einem 10 bis 20 Hektar großen Waldgelände haben eine Geldabgabe zu leisten, die durch entsprechende Holzlieferung abgelöst werden kann. Über 20 Hektar Wald verpflichten den Besitzer, das Holz an die Kommunalverbände direkt zu liefern. Das Holz wird an die minderbemittelte Bevölkerung kostenlos abgegeben.

Verksamlungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Heizungsmonteur, Installateur und Klempner. Donnerstag, den 12., abends 6 Uhr: Branchenversammlung. Zimmer 70, Gewerkschaftshaus.
Arbeiter-Abkündigtenbund.
Freitag, den 18. Okt., 7 Uhr abends, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 54: Wichtige Mitgliederversammlung. Mitgliedbücher und Abzeichen werden ausgegeben. Gäste willkommen.

Der Büttnerbauer

Roman von Wilhelm von Polenz.

(Nachdruck verboten.)

Der Boden war leicht und die Ackerkrume von geringer Mächtigkeit. Dazu waren die Witterungsverhältnisse nicht einmal günstig; denn nach Norden und Osten lag Sande, von Süden und Westen her aber wirkten Höhenzüge ein, Kälte und Feuchtigkeit befördernd und die warme Jahreszeit abkürzend. Der Acker trug daher nur spärlich, der Gutsbesitzer und der rastlosen Anstrengung des Bauern zum Troste. Die meisten verlassenen die Ernten. Die Bauern meckerten sich langsam aber sicher. In Meliorationen konnte man nicht mehr denken. Wenn der Bauer auch die und da einen Anlauf machte, hafter zu düngen. Abgesehen davon, an den Gebäuden besserte und lichte oder auch neues Gerüst aufbaute, so warfen ihn unvorhergesehene Unglücksfälle: Dagegen, Viehstehlen, Erkrankungen, Tod und hartes Geld immer wieder und verdrängen ihm seine Arbeit.

Es war der Verweihungskampf eines hohen Schwimmers in den Wellen, der sich mit aller Anstrengung gerade nur über Wasser zu halten vermochte.

In diesem Kampfe war der Büttnerbauer ein Schwimmer geworden.

Der Büttnerbauer fuhr in der Kreisstadt ein. Er spannte wie immer im Wägen „zum mühen Bütter“ aus. Nachdem er seinen Wägen in den Stall geführt und selbst verladen hatte, fuhr er auf den Markt.

geschloffen zu werden pflegten. Als sich der Bauer diesem Flecke näherte, kam ihm einer der Händler sofort mit ausgebreiteter Hand entgegen und erkundigte sich nach seinen Wünschen. Dann wurde er in den Kreis der dort versammelten Männer gezogen, man klopfte ihm auf die Schulter und meinte, er habe sich recht lange nicht mehr blicken lassen.

Aber dieses auffällige Gegenkommen von Leuten, die er kaum kannte, machte den alten Mann stutzig. Sollte man ihn hier etwa dumm machen? Als man ihn fragte, ob er was zu verkaufen habe, antwortete er vorsichtig und zurückhaltend. Dann ging er von dieser Gruppe weg zu einer anderen. Er wollte sich die Sache schenken nur mit ansehen. Die Hände auf dem Rücken hörte er überall ein wenig zu. Die Anzahl war groß, besonders nach Hause wurde stark getraut. Es ward auch manches Geschäft abgehandelt, nach den Handlungen zu schließen, die zur Befriedigung jedesmal gegeben wurden.

Nachdem sich der Büttnerbauer eine Weile hier aufgehoben, verließ er den Marktplatz wieder. Es waren ihm allerdings Bedenken gekommen. Bei dieser Art zu handeln, wie sie hier in so lauter und nachlässiger Weise von den Händlern betrieben wurde, schien es ihm auf ein Betrügen des Landmannes herauszukommen.

Heute lag ihm daran, einen möglichst hohen Preis zu erzielen aus seinem Haler; denn er hatte vor, mit dem Erlöse eine Kuh anzukaufen zum Ersatz für eine, die er im Laufe des Winters hatte sterben lassen müssen.

Nun erkannte er sich, daß er vorm Jahre in einem Betriebe gleichfalls der inneren Stadt für Roggen einen guten Preis bezahlt erhalten hatte. Das Geschäft schickte ihm seitdem nicht mehr seinen Katalog zu. Erst vor ein paar Tagen war ihm ein solcher Prospekt in die Hände gefallen. Die Zahlung der abschließlichen Preise und die „fulantesten Bedingungen“ wurden darin versprochen.

Der Bauer meinte, er konnte es mit Samuel Horrasowits wieder einmal versuchen. Dar dort nichts zu machen, dann konnte man den Haler ja immer noch auf dem Markte loschlagen.

Das Geschäft von Horrasowits lag in einer ziemlich engen Gasse zu einem Ende. Man trat zunächst in eine tonnenartige Gestalt, die in einem geschlossenen Hof einmündete. Eine Seitenwand führte von der Gestalt aus in das Hofgelände.

Der Büttnerbauer trat, seinen Hut schon vor der Tür abnehmend, nachdem er angeknipst hatte, ein. Es war ein langer, schmaler Raum, in der Mitte durch einen Vordienst geteilt, hinter dem mehrere Schreiber auf Drehschemeln an hohen Pulken saßen. Ein junger Mann mit einer Brille sprang von seinem Schemel herab, kam auf den Bauer zu und fragte, was er wünsche. Der Alte meinte, er habe etwas Haler zu verkaufen. Wieviel es sei, fragte der junge Mensch, die Feder an seinen Armel abwickelnd.

„Sade a Sider zahne kenntest's schon sein,“ gab der Büttnerbauer zurück.

Der Junge lachte darauf verlegen und meinte, daß sein Haus sich mit „Detailenkäufen“ nicht abgebe.

Für den Bauer war die Andeutung des jungen Herrn unverständlich. Es gab Frage und Antwort und abermaliges Fragen. Die Schreiber drehten sich auf ihren Schemeln um und betrachteten sich den alten Mann im allväterischen Mode mit spöttischen Mienen.

Da über war ein mittegroßer, zur Körperung neigender Mann mit hohem Kopfe, gebogener Nase und brandrotem Gesicht von einem Nebenraume aus ins Kontor getreten. Sofort fuhren alle Drehschemel wieder herum, und die jungen Leute stellten sich gebügelt Rücken die Nase eifrig in ihre Schreiberei.

Samuel Horrasowits — denn er war es selbst — maß die Gestalt des Bauern mit spähendem Blicke. Dann trat er auf ihn zu, streckte die Hand aus, lächelte verbindlich und sagte: „Gut Sie Gott, mein lieber Herr Büttnerbauer! Was steht zu Ihren Diensten?“

Der Bauer war völlig überrascht. Woher kannte ihn dieser Herr? Er konnte sich nicht entsinnen, dieses Gesicht jemals gesehen zu haben.

„Ich werde Sie doch wahrhaftig kennen, Herr Büttnerbauer!“ meinte der Händler. „Sie sind eine bekannte Persönlichkeit bei uns. Bekennen Sie nicht ein schönes Gut in Halbenau — nicht wahr?“

Der Bauer stand da mit offenem Munde, starrte jenen an, der ihm die Unwissenheit in Relation erschien, und konnte sich von seinem Staunen gar nicht wieder erholen.

„Kenne Sie! Kenne Sie ganz gut, Herr Büttnerbauer! Also, womit können wir dienen?“

Danziger Nachrichten.

Danzigs Ein- und Ausfuhrverbote.

Der Senat hat in einer Verordnung die Ein- und Ausfuhrverbote auf Grund des Danzig-polnischen Wirtschaftsvertrages neu geregelt. Danach ist die Einfuhr folgender Gegenstände in den Freistaat verboten und nur mit Genehmigung der Außenhandelsstelle zugelassen: Pfeifen, Gekörnte und Sigarillos (geschüttelter Tabak und Tabakblätter), Zigarettens, Zunder aller Art, Bomben, Konfituren, Fruchtweine, Früchte in Körben, Wärmehüllen mit Woll- und Fruchtwolle und Wolldecken, Fenchelöl mit Beimischung von Alkohol; Arrak, Rum, Cognac, Sekt und andere Branntweine jeder Stärke, Liköre und Nalewka in Flaschen, Flaschen und Verpackung jeder Art; Traubenwein, Fruchtwein und Blauschwein, Wein, welcher mehr als 25 Prozent Alkohol enthält; feiner Käse in Metallverpackung aus Holz, Blei, Blech usw.; Kuchern, Krebse, Hummern, Garnelen, Schnecken usw. frisch, gefroren, mariniert auch in hermetischen Verpackungen; künstliche Seife, deren Süßigkeit die Süßigkeit des Rohzuckers übertrifft, (Sulfid- mit, seine Salze, Saccharin, Arkanolose, Sukramin, Osuain, Sukrol, Zuderin, Eukof, Dulzin usw.), welche zur Bereinigung des Saccharins dienen und künstliche Stoffe, welche selbst höher süßen; Admetika und Medizinier; weisse und rote Schminke, Pulver, Haarfarbstoffe, Ränderkerzen, kosmetische Pomaden und Kosmetika ohne Alkohol und Parfüm-Parfäme und kosmetische Parfäme, welche Alkohol enthalten; Parfüm, Riechwasser (Blumen), Kölnisches Wasser, Glühzere.

Die Einfuhr ist ohne besondere Genehmigung für folgende Gegenstände verboten: Getreide in Form anker Mehl, Erbsen, türkischen Bohnen und Linsenbohnen, Mehl außer Kartoffelmehl, Erbsen und Weizen, Gemüße und Getreide, frische Kartoffeln, Futter- und Zudererbsen, Alborie, Brullen, Moberbsen, Kohl, Bihorienmüsel, getrocknet, nicht gebrannt und nicht zubereitet, Zuder, Fleisch, frisch gefroren, gefroren, gefoch, getrocknet, geräucher, mariniert, Rauchfleisch und Schinken, Wild und Vossel, geschlacht, Räte, Quark, Magerkäse und ungegorener Käse, Kuh- und Schafbutter, Eier und besonders Eibutter auch aus Fabriksabfällen und Nebenerzeugnissen usw., Cellulose und Klebe aller Art, Mandelöl, Flechte, Gerbennich, Gärtnere (Wesslael) mit Ausnahme von Gurken und Roken, Tüner, Anoden, roh und bearbeitet, rohe Mand- und Pflanzöle, Senf, Stroh ungerollt, Häcksel, Spreu, Sämereien, auch gerollt; Cellulose (im Lande geerntet), künstliches Gerbstoffmaterial, Steins, buntel und ungerollt, Gel, vulkanisches und Asphaltpflaster, Pottasche, metallische und mineralische Erze, altes Eisen und Stahl, gegossen und geschmiedet, in Stücken, gebrochen und geschmolzen, Späne auch gepreßt und in Pulver, alles soweit es zum Schmelzen und Schmelzen bestimmt ist, Späne zum Schmelzen usw., zum Sandgebrauch und für technische Zwecke, Gewebeabfälle, alte Tuche, Stricke und Schnüre, Papierabfälle und Mafafatur, Pflanzenfasern (chemisch hergestellte Cellulose Masse aus Lumpen, Stroh usw.) trocken und feucht.

Die Genehmigung für die Ein- und Ausfuhr dieser Waren kann die Außenhandelsstelle nach der Verordnung des Senats von Bedingungen abhängig machen. Unberührt von diesen Verböten bleiben Ein-, Aus- und Durchfuhrbeschränkungen, die in Folgegeboten enthalten oder sonstige im Interesse der Gesundheit von Menschen und Tieren oder aus Sicherheitspolizeilichen Gründen erlassen sind. Für den Warenverkehr mit Polen gelten diese Ein- und Ausfuhrverbote infolge der Danzig-polnischen Wirtschaftsverträge nur insoweit, als auf Grund besonderer Bestimmungen Beschränkungen eingeführt sind oder werden.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

Was geschieht mit den entlassenen Postausheftern?

Uns wird geschrieben:

Die Postverwaltung ist dazu übergegangen, die Postaushefter, die während und nach der Kriegszeit von der Post eingestellt wurden, zu entlassen. Es handelt sich hier zum größten Teile um Kriegsbeschädigte, die ihre Gesundheit dem Vaterlande geopfert haben. Bei ihrer Einstellung hat man oft übersehen lassen, daß sie dauernde Beschäftigung bei der Post haben und daß sie eventuell fest angestellt würden. Diese Personen sind jedoch nicht erfüllt und heute werden diese Leute ohne Rücksicht auf ihre oft große Familie auf Straßen vertrieben.

Wenn der Senat diese Leute aus einem Zweig seiner Verwaltung nun schon entläßt, müßte er doch wenigstens dafür sorgen, daß sie in anderen Verwaltungszweigen, in denen Mangel an Hilfskräften herrscht, untergebracht werden. So besteht die Möglichkeit, die entlassenen und gekündigten Postaushefter zum großen Teile in der Zollverwaltung zu beschäftigen. Das geschieht aber nicht. Statt dieser Hilflosen hat der Senat dafür gesorgt, daß Offizierswitwen, zum Teil sogar adlige, auf dem Postamt beschäftigt werden. Damen, die doch eine angemessene Pension beziehen und auf diese Einnahmen nicht so angewiesen sind, wie die entlassenen Postaushefter. Ein Vorteil für die Zollverwaltung kommt doch bei der Beschäftigung dieser Damen nicht heraus. Außeroperational ist wohl gerade im Ueberflusse bei der Postverwaltung vorhanden, und eine andere Tätigkeit können die erwähnten Damen doch nicht ausüben. Es hat den Anschein, als wenn durch diese Einstellung für die Deutsch-nationale Partei Freiräume in der Zollverwaltung geschaffen werden sollen, ähnlich wie das in anderen Verwaltungszweigen auch geschieht ist.

Es muß verlangt werden, daß der Senat dafür sorgt, daß in anderer Weise die entlassenen Kriegsbeschädigten Postaushefter bei der Zollverwaltung untergebracht werden. Ansonsten werden deren Familien nicht dem Hungertode entgehen. Für die Offizierswitwen könnte in anderer Weise gesorgt werden, zumal ihre Tätigkeit in der Zollverwaltung nicht zur Subvention und Dienstverpflichtung der anderen dort Beschäftigten beiträgt.

Die Berechnung der Kanal- und Müllgebühren. Die Senatspreßstelle schreibt uns: In letzter Zeit sind mehrfach unrichtige Angaben über die Berechnung der Kanal- und Müllgebühren in die (bürgerlichen D. R. d. V.) Tageszeitungen gebracht worden, welche geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen und ihre zu führen. Es wird demgegenüber festgestellt, daß der Berechnung der oben genannten Gebühren, wie bei der letzten Veranlagung, folgende Mittelwerte zu Grunde gelegt werden: für Wohnräume die Friedensmiete mit einem Zuschlag von 80 Prozent, für gewerbliche Räume der Miet-

... mit dem Stande vom 1. Oktober 1921. Die neue Höhe der Kanal- und Müllgebühren...
Freitag, den 4. bezw. Samstag, den 5. April
die 1. Oktober d. Ja. erhöhen dürfte.

Umgefallen!

Um die Aufhebung der Marktpreisverordnung.

Der Wirtschaftsausschuß des Volkstages nahm heute vormittag noch einmal zu der Gesetzesvorlage des Senats Stellung, die die Aufhebung der bekannten Marktpreisverordnung auspricht. Während sich eine frühere Sitzung einstimmig für die Aufhebung dieser Verordnung ausgesprochen hatte, ergab sich jetzt, bei der durch die Rückberufung nochmal erforderlichen Beratung übertrahenderweise die Ablehnung der Gesetzesvorlage. Dieser Beschluß kam bei Stimmengleichheit von 8 gegen 6 Stimmen zustande. Dieses ablehnende Resultat kam nur zustande, weil die 3 Vertreter der kommunistischen Fraktion auffälligerweise fehlten. Allerdings hatte ihr Vorkämpfer Rahn ja bereits auf diese Entzeten der Kommunisten für die Aufhebung der Verordnung durch seine scharfe Stellungnahme im Plenum gegen die Aufhebung dieser Verordnung die Öffentlichkeit vorbereitet. Dieses vollstündliche Verhalten der Kommunisten übertrifft noch die eigenartige Stellungnahme des Senats, der auf das energische Drängen der Gewerkschaften zunächst die Aufhebung der Marktpreisverordnung versprochen, sich heute jedoch mit schönen Worten dafür einsetzte, und so seine eigene Gesetzesvorlage zu Fall brachte. Das Plenum des Volkstages wird sich mit diesem bürgerlich-kommunistischen Komödientpiel ja noch zu beschäftigen haben. Erwähnt sei noch, daß Zentrum und Deutsche Partei in der Abstimmung je zur Hälfte gespalten waren.

Das Zentrum in den Bahnen des Janushauers Auch Schümmers Wahlpruch: vox populi, vox Rindvieh!

In Neuteich kreuzt man sich seit einigen Monaten um den Bürgermeister. Die Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten hatte vor einiger Zeit ein neues Stadtoberhaupt gewählt. Die kleine Minderheit der Bürgerchaft will die Neubesezung des Bürgermeisterpostens schlagartig zu machen und den bisherigen Inhaber des Amtes der Stadt zu erhalten. Begründet werden diese Behauptungen mit der Finanzlage der Stadt, die nicht gehalten, neben dem Gehalt des neuen Bürgermeisters noch die Pension des alten zu bezahlen. Dieser Tage wollte nun Senator Schümmers in Neuteich, um sich einen Einblick in die Verhältnisse zu verschaffen und der Minderheit zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit fanden sich Einzelunterredungen mit solchen Stadtverordneten statt, die für die Neubesezung der Bürgermeisterstelle etngetreten waren. Als einer der Stadtverordneten den Versuch, ihn umzustimmen, mit der Begründung auf seine Weigerung zurückwies, erfolgte, wie der „Danziger Zeitung“ mitgeteilt wird, die Antwort: „Ich was komm's auf die Wähler an, die heute heute ist und morgen anders!“

Schümmers ist Senator, bekanntlich als Vertreter der Zentrum, das sich sonst noch immer einen leichten demokratischen Anstrich gab. Schümmers hat sich zwar schon als Parteiführer als eifriger Diener der Deutschnationalen erwiesen. Doch er läßt nun auch zu unüberhört im hundertfachen abfalligen Ton über das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes kerkerte, verpöndelt nur das Volk, das wir bisher schon von diesem ehemaligen Arbeitersekretär hatten.

Von der Anklage des Straßenraubes freigesprochen.

Western hatten sich die Arbeiter Reinhold Zimmermann aus Emsau und Paul Partikel aus Schilditz wegen verurteilten gemeinschaftlichen Raubes zu verantworten. Am Abend des 9. April d. J. machte Zimmermann auf der Strohenbahn die Bekanntschaft des Händlers Friedrich Konteski. Letzterer hatte etwa 5000 Mark bei sich. Zimmermann lud den Händler und den Strohenbahnführer zu einem Schnaps ein, worauf sich letzterer wieder entfernte. Die beiden anderten schienen weiter und besuchten noch weitere Lokale. Dabei soll Konteski, der immer beobachtet wurde, wiederholt seine Geldtasche gezeigt haben. Ihnen schloß sich dann auch der Arbeiter Partikel an. Zimmermann versuchte auf jede Weise, den Händler an sich zu fesseln und soll dabei verächtliche Redensarten in Bezug auf das Geld des H. gemacht haben.

Mit 11 Uhr abends machten sich die 3 gemeinsam auf den Heimweg. Dabei hatte der Händler den Eindruck, als wenn sich 3. in verächtlicher Weise an ihn herandränge. Als der Händler eine diesbezügliche Reuegerung tat, erhielt er von Zimmermann einen heftigen Faustschlag, der ihn niederstreckte. Durch das Einwirken anderer Personen wurde der Raub verhindert. Der Ueberfallene begab sich in das Wirtshaus zurück, worauf der Wirt die Bestimmung des entlassenen Zimmermann verurteilte. Partikel stand in dem Verdacht der Mittäterchaft. Es lag jedoch nichts Belastendes gegen ihn vor. Er war nach dem Angriff des Zimmermann davongelaufen, um angeblich nicht in eine Schuldverwickelt zu werden.

Die Schuldfrage gegen H. lautet auf verurteilten schweren Raub. Von der Verurteilung wurde noch die Frage gestellt, ob 3. nicht straflos sei auf Grund von § 46, Abs. 1, des Strafgesetzbuches, wonach der Versuch einer strafbaren Handlung straflos bleibt, wenn der Täter freiwillig die Ausführung des Verbrechens ansah. Die Geschworenen bejahten zwar die Schuldfrage gegen 3. und sprachen ihm mildernde Umstände zu. Ingleich bejahten die Geschworenen auch die Straflosigkeit der Tat nach § 46, Abs. 1. Die Schuldfrage gegen Partikel wurde verneint. Das Gericht sprach deshalb beide Angeklagten frei.

Die Eröffnung der Reichsrentenkassier.

Die vom Reichstaatsministerium angeordnete Besoldungsvorlage wurde gestern von der Regierung beraten und angenommen. In der Vorlage sind die bisherigen Besoldungsbedingungen in die Grundgehälter und Ortszuschläge eingeteilt. Die Ortszuschläge sind mit Rücksicht auf das Ingeraden in Kraft der letzten Reichsmietengesetz und ein Betrag für die überragenden wücherrüßigen Wirtschaftsbetrieben entwerdend 1923/24 worden. Dem wiederholten Besuche des Reichstages nach vermehrter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse stellt gemäß das Kinderzuschlag für die Arbeiter und die Grundgehälter und außerdem ist für die vorkommendsten Pensionen die Gewährung eines um 2 n. d. höheren Steuerzuschlags in Aussicht genommen. Die Kinderzuschläge bleiben nach wie vor für alle Dienstgruppen gleichmäßig hoch. Für die Pensionäre sind die entsprechenden Verbesserungen gezogen worden.

Das geleistete Wittwengeld soll von vier Sechstel auf sechs Sechstel des Witwengelds des Mannes erhöht werden, dafür sollen die Witwen in Zukunft nur den allgemeinen Steuerzuschlag zu ihrem Wittwengeld erhalten. Die Vorlage ist noch geteilt dem Reichsrat zugegangen und soll dem Reichstag der seinem Zusammentreten am 17. d. Mts. bereits vorliegen.

Wiedereröffnung des Gewerkschafts mit dem Reich.

Gestern mittag 12 Uhr lief der Dampfer „Olin“ pünktlich im Hafenkanal von Neufahrwasser ein und machte an seinem Pierplatz an der Bahnhofsstraße fest. Der Dampfer „Olin“, der die Verbindung Danzig über See nach Deutschland aufrechterhält, ist seinem Vorgänger „Orbis“ als Passagierdampfer überlegen. „Olin“ ist 73 Meter lang, 12 Meter breit und 1175 Bruttoregistertonnen groß. Der Dampfer ist mit allen modernen Einrichtungen versehen. Das Schiff entwickelt mit seinen beiden Maschinen bei 1600 Pferdekraften 15 Seemeilen Geschwindigkeit. Für 50 Passagiere sind Kojenplätze vorhanden.

Der Dampfer läuft jeden Montag und Donnerstag, mittag um 12 Uhr, von Swinemünde in Neufahrwasser (Kriegspierplatz Bahnhofsstraße) ein; er geht um 1 Uhr mittag weiter nach Danzig. Die Fahrt dorthin dauert drei bis vier Stunden. An jedem Dienstag und Freitag trifft der Dampfer um 12 Uhr mittag von Danzig in Neufahrwasser an dem gleichen Pierplatz ein und geht um 1 Uhr an demselben Tage nach Swinemünde weiter. Die Dauer der Fahrt dorthin beträgt 14 bis 15 Stunden.

In der beendeten Aussperrung im Hüttenbergewerbe wird noch ergänzend mitgeteilt, daß ab Donnerstag, dem 22. Okt., die restliche Einstellung der ausgesperrten Hüttenbergewerkschaft erfolgt. Weiter wurde vereinbart, daß sobald der Temperaturindex um 20 Prozent steigt, über die Befreiung von Mindestlöhnen verhandelt wird. Der letzten Wochen ist eine Indexziffer von 800 zugrunde gelegt.

Ueber die Zahlung der verdrängten Einkommensteuer vertritt die Senat eine Beschlusseinstellung in unserem Inseratenteil, auf die wir hiermit hinweisen.

Oliva. Beschleunigte Witter. Bei dem Händler Daxdt wurden gestern 5 Pfund Butter beschlagnahmt, die unter Ueberschreibung des Verkaufspreises für 200 Mk. pro Pfund verkauft werden sollten. Inzwischen hatte Gerdt 20 Pfund Butter aus der Wollerei in Vorhand erhalten. 20 Pfund waren bereits über Daxdt verkauft. Auch gegen diese Käufer soll gerichtliche vorgegangen werden. Die beschlagnahmte Butter wurde den nächsten Anhalten zugeführt.

Kopf. Freiwillige aus dem Beken gestiegen. In wärmeren mittag der Wäbribe Wirtshaus brachte sich einen köstlichen Schuss in die harte Brustseite bei. Ueber die Ursachen der Tat ist bisher nicht bekannt.

Letzte Nachrichten.

Amerika für Ordnung der Weltfinanzen.

Nach einer Genesungsmeldung aus New York erklärte der Washingtoner Korrespondent der „New York World“, die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß der Zeitpunkt für einen starken Versuch gekommen sei, die Weltfinanzen wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Regierung sei im Besonderen gewisse bestimmte Schritte im Hinblick auf die Regelung der Forderungsschulden zu tun, bevor sie mit den europäischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskrisis teilnimmt. Die Regierung lasse auch ins Auge, der Einladung zur Londoner allgemeinen Finanz- und Industrie-Konferenz nachzukommen, die ihre wahrheitsgemäß ausgehen werden. Der amerikanische Vertreter werde an den Beratungen und Abstimmungen der Konferenz sich beteiligen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß alles, was er tue, der Genehmigung des amerikanischen Kongresses bedürfe.

Paris, der gestern nachmittag zum Vorsitzenden der Reparationskommission gewählt worden ist, wird aller Voraussicht nach in nächster Zeit die Moratoriumfrage wieder aufrollen müssen. Poincaré hatte gestern eine längere Unterredung mit Daxton über die wichtigsten Fragen, mit denen die Reparationskommission sich zu befassen haben wird. Der „Kampf“ nennt als eine dieser Fragen die Probleme der schwedischen Schuld Deutschlands und bemerkt dazu, es müsse festgestellt werden, ob Deutschland die Bedingungen erfüllt habe, von denen am 21. Mai das Moratorium abhängig gemacht wurde.

Landesamt vom 11. Oktober 1921.

Todesfälle: Witwe Emma Koch geb. Hoff, 68 J. 8 M. — Witwe Franziska Gellert geb. Gellert, 74 J. 1 M. — Sohn des Arbeiters August Golla, 2 M. — Unheil. 1 Sohn, 3 Töchter.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Bestand am 12 Uhr mittag.)

Polnische Mark: 26 — am Vorlage 27
Amer. Dollar: 2830 — 3050
Englischer Pfund: 12500 — 13000

Volkswirtschaftliches.

Die Steigerung der Reichsindexziffer. Aufolge der anhaltend starken Preissteigerung aller Verbrauchsgegenstände in die vom statistischen Reichsamte festgesetzte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Kaufkraftindex) die Grundpreis-Deckung, Verteilung und Bewegung im Durchschnitt des Monats September auf 113,76 gegenüber 70,9 im August d. J. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 42,86 Prozent. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im September ist auf 111,77 berechnet worden, die Steigerung gegenüber August auf 38,2 Prozent. Eine bedeutend stärkere Verteuerung ist für die Bekleidungsgegenstände festgestellt worden, die Indexziffer dafür beträgt für September 20,00 gegen 12,71 im Vormonat, die Steigerung mithin 56,6 Prozent. Unter Einschluß der Aufwendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 113,76; die Steigerung gegenüber der Augustzahl von 70,9 beträgt danach 61,3 Prozent.

Das Steigen der Großhandelspreise. Die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes für September stand noch unter der Auswirkung des außerordentlichen Marktlurses im August, dem wichtige Warengruppen, vor allem landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Kohle, Eisen, Fleisch, im Verhältnis zum Vormonat durch weitere Preissteigerungen belastet sind. Das deutsche Preisniveau hat sich daher nach der Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes noch beträchtlich und zwar von dem 17,0fachen im Durchschnitt des Monats August auf das 27,2fache oder um 59,4 v. H. im Durchschnitt des Monats September gehoben. Dieser Bewegung entspricht die Steigerung der Einfuhrwaren von dem 24,0fachen auf das 41,1fache oder um 71,3 v. H., während das Preisniveau der vorwiegend im Inlande erzeugten Waren von dem 15,0fachen auf das 24,2fache oder um 61,3 v. H. emporschnellte. Im einzelnen stiegen Getreide und Kartoffeln von dem 16,7fachen auf das 21,5fache, Feine, Zucker, Fleisch und Fisch von dem 15,0fachen auf das 21,0fache, Kolonialwaren von dem 22,8fachen auf das 31,0fache; Lebensmittel zusammen von dem 17,3fachen auf das 29,0fache; ferner Hüte und Feder von dem 22,5fachen auf das 31,0fache; Textilien von dem 25,2fachen auf das 32,0fache; Metalle von dem 25,7fachen auf das 32,0fache; Kohle und Eisen von dem 12,8fachen auf das 28,0fache; Industriestoffe zusammen von dem 10,2fachen auf das 23,0fache.

Auch eine Folge des Holzwunders. Man konnte einstmal die Hoffnung hegen, daß die Steigerung der deutschen Holzpreise ein Ende finden müßte, wenn sie an der Weltmarktpreisgrenze angelangt sein würden. Diese Hoffnung trat, denn heute hat der Preis, den die Holzproduzenten zu erzielen wissen, den Weltmarktpreis längst hinter sich gelassen. Der Beweis dafür liegt vor: Eine französische Großholzhandlung bietet nach Deutschland Rundholz, lieferbar bis Mitte nächsten Jahres, zum Durchschnittspreis von 100 Francs frei deutsche Grenzstation an. Als es gekaufte wurde, kosteten die 100 Francs 10.400 Mark. Am gleichen Tage wurden in Deutschland die Rundhölzer gleicher Qualität loco Wald — also nicht etwa Abfuhrkosten — zum Durch-

schnittspreis von 100 Francs Markt angeboten, also um 40 Prozent teurer, wie sie die sich auf den Weltmarktpreis beziehende, langfristige Firma dem deutschen Holzhandel anbot!

Weltkonvolute für Kerze. Die Berliner Kerze verlangt, daß bei Verzögerung der Donnarabteilung die vor dem Abzuge nicht anwesenden Personen, sowie alle Berechnungsgrundlagen genommen werden und nur soviel Mal ersetzt werden, als sich bis zum Abzugstage die Reichsindexziffer erhöht hat, d. h. also, daß sich die Berliner Kerze dem Prinzip nach bereits auf Weltkonvolute eingestellt haben. In anderen Gegenden des Reiches haben das Kerze auf eine andere Art bereits durchgeführt, indem sie sich von ihrer künftigen Annahme für die drückende Wirtschaftung (welche an Naturalien geben lassen, als sie mit dem Konvolute von 1911 feinerzeit hätten kaufen können).

Aus aller Welt.

Suggerierte „Konflikt“vergiftungen. Unter sehr unheimlichen Umständen waren in Berlin in einer kleinen Gesellschaft die Gattin eines Anwaltens Kausch, deren 14-jähriger Sohn, der Schauspieler Erwin Lohde, dessen Mutter und ein Kranken Erich Zimmermann erkrankt. Da man von den Erkrankungen der Angehörigen im Maitenau-Prozess gelehrt hatte, glaubte man eine „Duplizität der Gifte“ zu sehen und führte die Erkrankungen auch auf veraltete Konflikt zurück. Die Erkrankten ließen sich natürlich sehr schnell diese Konfliktvergiftung suggerieren, und diese erreichte nach den Leipziger Vorkommen in Berlin mit Recht einige Aufsehen. Die Ermittlungen ergaben nun, daß die Erkrankungen auf den Genuß von nicht ganz einwandfreier Wurst zurückzuführen sind und die genossenen Pralinen gar nicht von der Firma Savatti stammten. Inzwischen sind auch die Vergiftungserscheinungen bei allen fünf Erkrankten wieder geschwunden, und eine Besserung in ihrem Befinden ist eingetreten.

Eine unheimliche Geschichte. Ende Oktober wird eine schauerliche Mordtat, die wohl kaum ihresgleichen hat, vor dem Berliner Schwurgericht ihre Sühne finden. Der Hausdiener Obendorf, der seit Jahren Vademester im Familienbad Wannsee war, lernte eine Anna Probel kennen, mit der er sich verliebte. Während einer Eifersuchtszene nach der Heimkehr aus einem Vergnügungsorte schlug Obendorf die Probel mit einem Beile tot. Dann legte er sich ruhig schlafen. Am anderen Morgen zerstückelte er die Leiche, löste die Fleischteile von den Oberschenkeln und der Brust und dichte sie, mit Kalbfleisch vermischt, durch eine Fleischmaschine und verzehrte das Gericht, nachdem er es auf Gas gebraten hatte. Er will dann auch von dem Fleisch einem Bekannten, der eine Bouquetenbraterei betrieb, etwas abgeben haben.

Ein einmischer Vater. Der 29 Jahre alte Schmied Richard Puschner wurde vom Breslauer Schwurgericht wegen Mordanschlags mit Todeserfolg, Muthandeln und Vernehmung unächtiger Handlungen an einem Kinde zu 12 Jahren Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sein eigenes Kind von 1 1/2 Jahren ist an den Folgen der bestialischen Ver-

handlung verstorben. Die Verhandlung fand unter Aussetzung des Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt hatte für den Inzident 15 Jahre Zuchthaus beantragt.

Ein schickliches Geschäft. Der Kammerherr Peters in Angot, hat vor Anfang dieses Jahres von einem vieljährigen Aufenthalt in Amerika zurückgekehrt und hatte in München Brillanten und Gold angekauft, um die Werte wieder nach Amerika zu bringen. Wegen Unterzahlung der Umsatzsteuer hatte er eine Summe von 670.000 Mark zu entrichten, wunmehr verurteilte ihn das Schöffengericht München wegen unerlaubter Ausfuhr zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen und einer Geldstrafe von 2 1/2 Millionen Mark. Die beschlagnahmten Sachen im Werte von über 1 Million Mark wurden als verfallen erklärt.

Ein tragischer Eisenbahnunfall hat in Pingerbrück den Schreinermeister Mauer plötzlich dahingerafft. Er war auf der Meße nach Gaus zu seinem Bruder auf dem Bahnhof in Müdesheim in einen fallenden Zug eingestiegen. Als der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte und er sich in Irrtum bemerkte, sprang er aus dem Wagen, in der Dunkelheit aber unglücklicherweise gegen einen Signalmast, so daß er zurück und unter den fallenden Zug geschleudert wurde. Dem Verunglückten wurden beide Beine überfahren, so daß er bald darauf starb.

Eisof hat Badewasser. Wegen fehlerhafter Lösung wurde eine Frau Marie Strell in Berlin zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr Ehemann hatte eines Abends in der Küche in einem Waschschüssel ein Bad genommen. Die Frau sollte ihn dabei mit einem Eimer Wasser übergießen; sie nahm jedoch aus Versehen einen Eimer, der konzentrierte Eisoflösung enthielt, von der sie zur Ungeheuerverteilung eine größere Menge im Hause hielt. An den Verletzungen, die der Ehemann durch die ätzende Flüssigkeit erlitt, ist er kurz darauf gestorben. Vor seinem Tode hat er den Verdacht geäußert, daß seine Frau die Tat vorzüglich als Eifersucht begangen habe. Diese Annahme wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt. Das Gericht hielt es für möglich, daß der Angeklagten ein verhängnisvoller Irrtum unterlaufen sei, indem sie die Eisoflösung als Wasser ansah.



Verantwortlich für Politik Ernst Boops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den Abgaben Teil Fr. B. Weber, Danzig; Korrespondent N. u. S. o. o. n. Danzig. Druck von A. Gehl u. Co., Danzig.

Grete Grünhagen
Willy Trusch
Verlobte
Danzig-Langfuhr Oktober 1922

Mündliche Bekanntmachungen.

Et. Besetz vom 5. 10. 1922 (Besetzbl. Nr. 48) ist zu dem für Oktober Dezember 1922 fälligen Betrage der Einkommen- und Körperschaftsteuer ein Zuschlag von 200% zu entrichten. Dieser Zuschlag ist mit je 100%, also mit dem Vierteljahresbetrage der Steuer, am 15. Oktober und 15. Dezember 1922 fällig und zwar neben der eigentlichen am 15. November 1922 zu zahlenden Vierteljahresrate.

Sämtliche Steuerpflichtigen werden hiermit zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung aufgefordert, die am 15. Oktober d. Js. fällige Rate spätestens bis zum 20. Oktober d. Js. an die Steuerbehörde ihrer Gemeinde (in Danzig: Städtische Steuerkasse, Pfefferstadt 33/35) zu zahlen. Das in Händen befindliche Steueranschreiben (Zahlkarte) ist bei der Zahlung vorzulegen. Bei Ueberweisung des Betrages durch die Post usw. ist das Steuerzeichen anzugeben.

Besondere Steuerauschriften werden den einzelnen Steuerpflichtigen noch zugehen, in den Gemeinden Danzig, Foppo und Oliva jedoch erst voraussichtlich Anfang November d. Js., da weiter zur Erhebung gelangende Abgabenerhöhungen in diesen gleichzeitig berücksichtigt werden sollen. Die Zahlung des Zuschlages hat jedoch ohne Rücksicht auf den Eingang des besonderen Steueraus Schreibens über die Zuschläge rechtzeitig zu erfolgen.

Von der Zahlung des Zuschlages befreit sind nach dem Besetz die natürlichen Personen, die im Freistaat Danzig wohnen, und für Oktober Dezember 1922 nicht mehr als 200 Mk. Einkommensteuer zu zahlen haben.

Die Gemeinden haben diese Zuschläge von den übrigen Steuern getrennt in Einnahme nachzuweisen. Die Ausführungs-Anweisung zu dem Besetz vom 5. 10. 1922 (Besetzblatt Nr. 48) ergeht in diesen Tagen.

Danzig, den 10. Oktober 1922. (7538)
Freistädtliche Steuerverwaltung.
Dr. Gallaßky.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 5. Telefon 3290

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Mittwoch, den 11. Oktober, abds. 7 Uhr:
Dauerkarten C 1.
Rain
Ein mythisches Gedicht in 5 Szenen v. Anton Wildgans.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Metz.
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 12. Oktbr., abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten D 1. „Ehngrenn“. Romantische Oper.
Freitag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „Undine“. Romantische Oper.
Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Ermäßigte Schauspielpreise. „Des Meeres und der Liebe Wellen“. Trauerspiel.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel
Otto Reutter
der deutsche Meisterhumorist.
Captain Frohns fünf dressierte Seelöwen
und das große Attraktions-Programm

LIBELLE:
Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett
anschließend Wein-Kabarett.
Vorverkauf 10—1 Uhr Gebr. Freymann.

Gedania-Theater

Achtung! Nur bis Montag!
Der große Spielplan!
EDDIE POLO in
„Seepiraten“
8 Epochen in 26 Akte
VI. Episode: „Erkämpftes Glück“ 6 Akte
„Der Fall Paliser“
in der Hauptrolle: Pauline Frederick.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

(7507)
Bloomfield's Overseas Ltd.
Herring-Importers
Kuhbrücke 1

Bahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahngießen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. Pfefferstadt 71 | Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Blendax
Mit dem Scheuermännchen
Scheuert · Reinigt · Putzt
Alles
Blitzblank
Hersteller:
Urbin-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl. (7320)

Stroh-Panama-Velour-Pilz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
7153
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle).

Wenig getragen:
Damenmantel
preiswert zu verkaufen. Angeb. unter E. 900 an die Exped. der Volksstimme. (+)
Weißes Holz-Kinderbettgestell
zu verkaufen. Herrmann, Rammkau 49. (+)
Ein 2tägiger
Glaschrank
auch für Geschäft passend, zu verkaufen. Schönfeld, Ronnenhof 2. (+)
Neuer Anzug
billig zu verkaufen. (+) Hoffmann, Burgstr. 20.
Schäferhund
(rasierrein) zu kauf. gesucht. Angeb. unt. E. 891 an d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Neue, auch wenig getragene
Damenschuhe
(Gr. 36) zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. E. 901 an die Exped. Volksst. (+)

1 Satz Betten
gut erhalten z. kaufen gef. Offert. m. Preis u. E. 896 an d. Exped. d. Volksst. (+)

Eisernes Bettgestell
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 897 an die Exped. der Volksstimme. (+)

Kellern
Brückenmonteur
sowie
Schlossergesellen,
Lehrlinge
und Arbeitsburschen
sollt sofort ein (7539)
Th. Jarentowski,
Danzig-Langfuhr,
Heiligenbrunner Weg 25.

Lehrling
für Kolonialwarengeschäft
gesucht. Ang. u. E. 902 a. d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Buchhallerin
die auch stoff. Maschine
schreibt u. stenographiert,
sollt in gut bezahlte Dauer-
stellung gesucht. Angebote
unter E. 899 an die Exped.
der Volksstimme (+)

Junges Mädchen
tagsüber für einen Händl.
Arbeiten u. etwas Haus-
arbeit gesucht. (+)
Paradiesgasse 14. 2 Tr.

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch.
Tages- und Abendkurse
Otto Slade, Neugarten 11, 1

5000. — Mk.
auf Grundstück in Lang-
fuhr als erste Hypothek
gesucht. Angebote unter
E. 892 an die Exped. der
Volksstimme. (+)

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!